



JUNG+LIBERAL

Das
**MITGLIEDER-
MAGAZIN**
der Jungen
Liberalen

DEUTSCHLAND: BILDUNGS- REPUBLIK?



WIR GESTALTEN DAS LAND VON MORGEN

DIE ERFOLGE DER FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN.

Abbau von Steuerbürokratie • Ausgleich der kalten Progression, Mitte entlastet, Grund- und Kinderfreibetrag erhöht • Ausbau erneuerbarer Energien entfesselt • Ausbau Lade- und Wasserstoffinfrastruktur beschleunigt • BAföG-Reformen für mehr Chancen für mehr junge Menschen • Beständige und beharrliche Bürokratieentlastung • Blutspendeverbot für homosexuelle Männer aufgehoben • Bundeshaushalt 2024 mit Rekordinvestitionen • Coronamaßnahmen beendet • Deutschlandticket • Digitalisierung in der Justiz, der Verwaltung und im Gesundheitswesen eingeleitet • Doppelbesteuerung Rente vermieden • EEG-Umlage abgeschafft • Einsatz für E-Fuels • Erleichterte und beschleunigte Abschiebungen • Ermöglichung digitaler Arbeitsverträge ausgehandelt • Erste Migrationsabkommen vereinbart • Erster Schritt der Cannabis-Legalisierung • Exzellenzinitiative Berufliche Bildung gestartet • Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild • Fairere Zuverdienstregeln für mehr Arbeitsanreize • Fehlanreize für irreguläre Migration im Sozialsystem abgebaut, Bezahlkarte statt Bargeldleistungen • Förderung von Sprunginnovationen und technologieoffener Forschung im Bereich Fusion, Biotechnologie und KI • Freieres Namensrecht • Gas- und Strompreisbremsen in den Jahren 2022/2023 • Generationenkapital als Einstieg in die Aktienrente angeschoben • Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten eingestuft • Heizungsgesetz vom Kopf auf die Füße gestellt • Kindergeld erhöht • Kraftwerkstrategie für sichere Stromversorgung • LNG-Terminals • Minijob-Grenze ausgeweitet • Mit Wahlrechtsreform Bundestag verkleinert • Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Start-ups endlich verbessert • Nachholfaktor in der Rente für Generationengerechtigkeit • Neuer Anlauf für mehr Freihandel • Planungsbeschleunigung für Schienen, Straßen, Brücken und Stromtrassen • Quick Freeze vereinbart, Vorratsdatenspeicherung verhindert • Schärfere Sanktionen für Totalverweigerer beim Bürgergeld • Schuldenbremse verteidigt • Sektorübergreifender Klimaschutz • Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik • Sondervermögen Bundeswehr • Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert, klare Kriterien für Einbürgerung beschlossen • Startchancenprogramm für Talentschulen in Problemvierteln • Stromsteuer für Wirtschaft auf Minimum gesenkt • Subventionsabbau begonnen • Tempo bei der Infrastruktursanierung der Bahn • Unbegrenzte Zuverdienste Rente • Verfahren im Bereich Asyl beschleunigt • Wachstumschancengesetz mit erster Steuerentlastung und mehr Investitionsanreizen für Unternehmen • Waffenlieferungen an die Ukraine • § 219a StGB abgeschafft

Wir sind darauf stolz, was wir bisher erreichen konnten. Aber es ist bei weitem nicht genug. Wir brauchen jetzt eine Wirtschaftswende.

fdpbt.de

Freie
Demokraten
Fraktion im
Bundestag
FDP

05/2024 | V.i.S.d.P. Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin



SAMUEL KESSLER (22) ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich nicht nur, für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit, sondern glaubt auch, dass dieses Land zu viel Potenzial verschläft. Du erreichst ihn unter samuel.kessler@julis.de

Liebe Julis,

im Dezember letzten Jahres ist eine Nachricht wahrscheinlich an den Wenigsten von euch vorbeigegangen: „Neuer PISA-Schock“ titelten einige Medienhäuser – und das zurecht. Ein schlechtes Abschneiden im Rahmen der PISA-Studien ist für Deutschland leider nichts Neues. Es zeigt aber einmal mehr, warum Bildungspolitik aus Sicht der Liberalen immer ein zentraler Baustein für ein erfolgreiches und modernes Deutschland ist. Wir leben zwar in einem der wohlhabendsten Länder der Welt, aber eins ist klar: Wenn das so bleiben soll, muss sich im Bildungssektor ordentlich was tun.

Die Probleme sind leider vielseitig: Mager digitalisierte Klassenzimmer und Bildungsmöglichkeiten, marode Anlagen und Räume oder wenig Raum für individuelle Bildung sind nur wenige der Baustellen, die das deutsche Bildungssystem hemmen. Dabei zeigen uns unzählige Länder der Welt – wie beispielsweise unsere Nachbarn in der Schweiz – dass es besser geht, viel besser.

Um einige dieser Probleme auf den Grund zu gehen und sie vor allem noch mehr ins Licht zu rücken, haben unsere Autoren für diese Ausgabe verschiedenste Sachverhalte genauer erläutert. Hierbei ist es mir jedoch besonders wichtig zu erwähnen, dass dieses Heft und seine Artikel nicht als klassisches „Gemecker“ wahrgenommen werden soll. Wir konnten als Land schon mit einigen Bildungsstrukturen zeigen, wie es richtig gehen kann, egal ob Talentschulen in Nordrhein-

Westfalen oder unsere einzigartige Stipendienlandschaft. Dementsprechend soll dieses Heft viel mehr auf die Probleme aufmerksam machen, die viele unserer Mitglieder und Autoren teilweise noch hautnah erleben müssen.

Wir sind als Land in einer Situation, in der wir in diesem Sektor mit den richtigen Schritten unglaublich viel bewegen können. Deutschland ist das Zuhause von unfassbar vielen klugen Köpfen, die den Spirit mitbringen wirklich etwas verändern zu wollen – lass uns dafür sorgen, dass sie nicht schon durch ein marodes Bildungssystem gehemmt oder abgeschreckt werden.

Euer Samuel

P.S.: Als Leser dieses Magazins möchte ich euch auch – wie immer – nochmal ermutigen: Werdet Autoren! Jedes Quartal beschäftigen wir uns mit neuen Themen und egal, für was ihr euch interessiert – solange ihr Spaß am Schreiben habt, könnt ihr Teil einer Ausgabe werden. Tragt euch dafür ganz einfach über den QR-Code in den Autorenverteiler ein.

Hier in den
Autorenverteiler
eintragen





brandaktuell

Seite 5

MAXIMILIAN HOFMEISTER:
"Ich muss das hier nicht machen"



Seite 8

JULIA HEHL:
Bildung in Deutschland:
Ein System im Krisenmodus



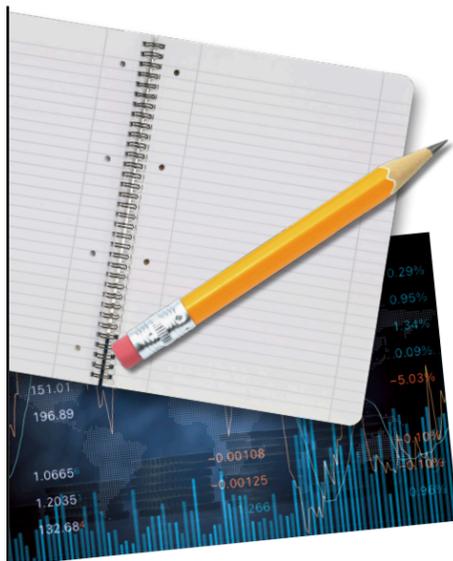
Seite 10

LUIS LAMBERT:
Was unser kleiner Nachbar
besser macht



Seite 12

NIKLAS ZAIER:
Von Talentschulen
zu Startchancen. Warum Bildung
der beste Weg aus Armut ist



Seite 14

LILLY SCHNEIDER:
Finanzielle Bildung als Schlüssel
zur Chancengerechtigkeit



Seite 16

ALEXANDER KOBUSS:
Bildung ist zu wichtig, um sie
dem Staat zu überlassen.



Seite 18

TOM MAGNUS PETERS:
Privatschulen, nein danke?



Seite 20

FLORIAN STUPP:
Die deutsche Universitäts-
landschaft – attraktiv
für ausländische Studierende?



Seite 22

DENNIS BUDIMOVIC:
Was Bildung leisten
können muss



Seite 24

PHILIPP OELSCHLEGEL:
Hinter dem Attentat



Seite 26

MIKA SCHLEGEL:
Abi? Aber bitte zentral!

WEITERES

Seite 3

Editorial

Seite 27

Impressum

"Ich muss das hier nicht machen"

sagte Boris Pistorius in einer internen Runde, als er seinem Ärger Luft machte. Nicht nur über die Sparvorgaben, sondern vor allem über den fehlenden Rückhalt innerhalb der SPD und durch den Kanzler. Auslöser dieses Disputs war ein Gastkommentar Pistorius' im «Handelsblatt». Darin forderte er, dass die Schuldenbremse «hinter die elementare Pflicht des Staates, Sicherheit bereitzustellen, zurücktreten» müsse. Scholz, finanzpolitisch meist in Linie mit der FDP, forderte Haushaltsdisziplin, nun sei «Schwitzen» angesagt. Vor allem aber erklärte er das bestimmende Problem der Bundeswehr zur Nebensächlichkeit.

Der Personalmangel der Bundeswehr, eine "überschaubare Aufgabe", so der Kanzler. Dabei schließt er jeglichen verpflichtenden Dienst aus, während man aus dem Verteidigungsministerium hört, dass daran kein Weg vorbeiführe. In der Bundeswehr hat man das Gefühl, der Kanzler lasse Pistorius in dieser Sache „ganz schön auflaufen“ und die Opposition kritisiert, dass Scholz' Zeitenwende bereits Geschichte sei.

Boris Pistorius, der Reservekanzler? Diesmal findet der Zwist nicht nur zwischen den Koalitionspartnern statt, sondern innerhalb der SPD selbst. Der Konflikt hat auch eine persönliche Dimension. In der SPD-Zentrale wird Pistorius zunehmend mit Argwohn betrachtet, da er mit seinen Vorstößen zwar medienwirksam agiere, die Partei dabei aber oft nicht berücksichtigt.

Dazu gilt er manchen Personen als der bessere Kanzler und hat von den Medien bereits den Titel „Reservekanzler“ erhalten. Anfang des Jahres hat das zu Spannungen geführt. Pistorius antwortete der „Bild“-Zeitung auf die Frage, ob er im Notfall die Kanzlerschaft übernehmen würde, mit den Worten: „Eine Fußballmannschaft, die gegen den Abstieg kämpft und unter Druck steht, entlässt möglicherweise den Trainer, bringt jedoch nicht das ganze System durcheinander. Ein guter Verein entlässt nicht zwangsläufig zuerst den Trainer.“ Ein klares Bekenntnis klingt anders. Obwohl der Verteidigungsminister später seine Unterstützung für den Kanzler betonte, war das Echo des Missfallens im Kanzleramt deutlich zu hören. Fakt ist, dass die klare Kommunikation und Umsetzungsfähigkeit von Boris Pistorius ein Gegenpol zum „Scholzomat“ sind, der seit Antrittsbeginn für seine mangelnde Sichtbarkeit und Präsenz in der Regierung kritisiert wird. Pistorius' Politikstil ist derzeit, speziell im Lichte der Ukraine-Krise, sehr populär und könnte für Scholz gefährlich werden, der seine niedrigen Umfrageergebnisse hartnäckig hält.

Die neue Friedenspartei Es bleibt offen, inwieweit der Kanzler den Verteidigungsminister tatsächlich als Konkurrenz sieht. Allerdings könnte sich für Scholz eine neue Möglichkeit ergeben haben. Durch die Annäherung an das pazifistische Lager innerhalb der SPD, kann er sich als „Friedenskanzler“ profilieren und durch die neue Linie gleichzeitig Pistorius und seinen Vorhaben

den Wind aus den Segeln nehmen. Leidtragend ist vor allem die deutsche Bevölkerung. Der interne Disput in der SPD gefährdet die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands. Der Kanzler würde verantwortlich handeln, wenn er dem Verteidigungsminister die nötige Rückendeckung gibt, damit die von ihm verkündete „Zeitenwende“ nachhaltig umgesetzt werden kann. Dafür müssten Sparmaßnahmen vor allem in anderen Ressorts eingefordert werden. Die Zwei-Prozent-Ausgaben, die aktuell nur mit speziellen Berechnungen und Sondervermögen erreicht werden, sollten zudem als Minimum und nicht als Ziel betrachtet werden.

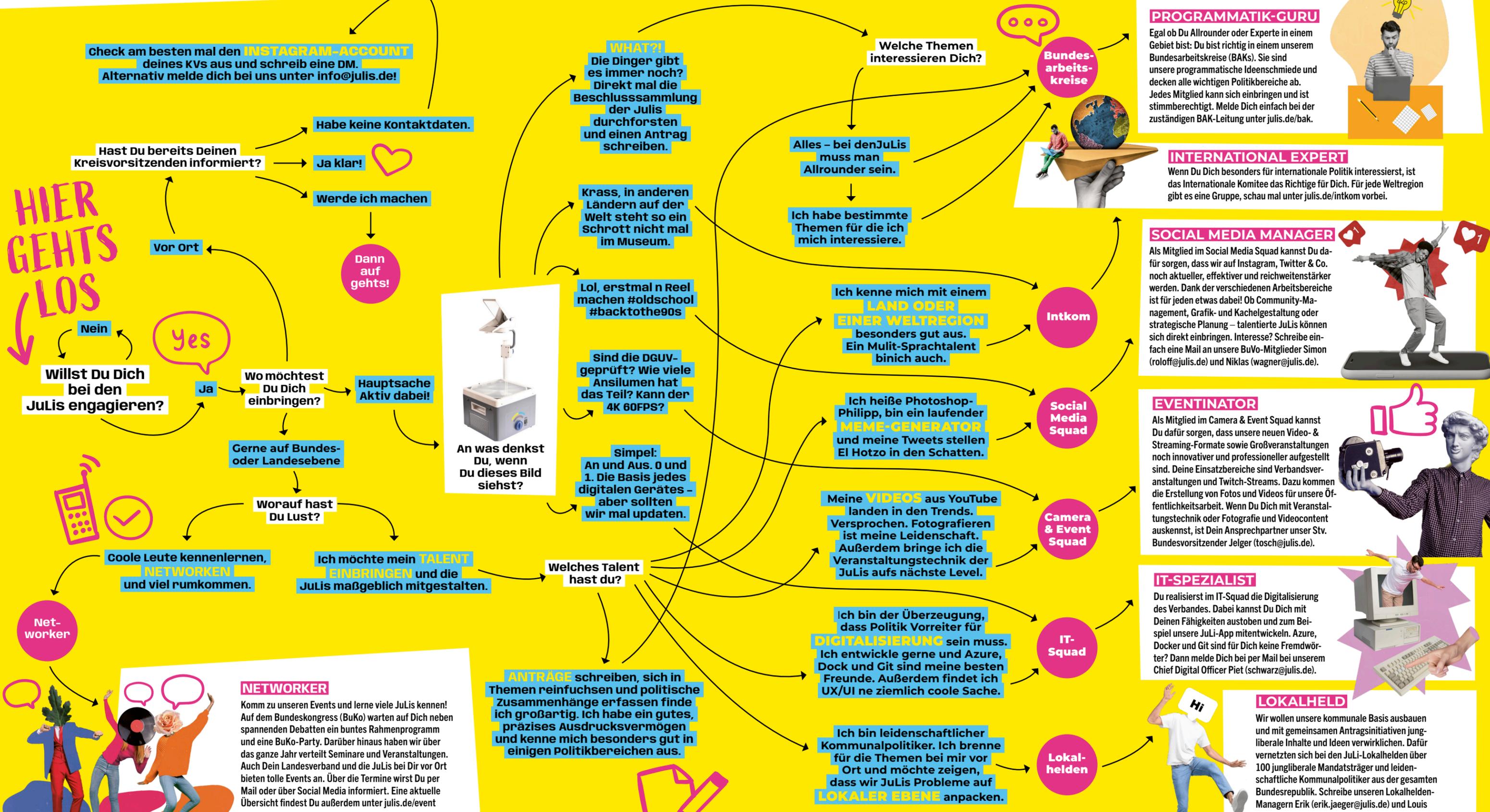
Nachhaltigkeit, auch in der Finanzpolitik

Auf der anderen Seite ist Pistorius Forderung nach einer, von der Schuldenbremse losgelöste, Finanzierung der Bundeswehr nicht haltbar. Nachhaltigkeit ist hier das Stichwort. Wehrhaftigkeit ja, aber nicht auf Pump. In der gegenwärtigen Lage sind Einmalinvestitionen wie das Sondervermögen gerechtfertigt. Ob der Umfang ausreicht, werden die zukünftigen Entwicklungen zeigen. Allerdings muss eine Armee dauerhaft durch den Haushalt finanziert werden, alles andere wäre kurzfristig. Pistorius und Scholz sowie die restliche SPD stehen vor der Herausforderung, ihre persönlichen Differenzen abzulegen und gemeinsam den Spagat zwischen Finanzdisziplin sowie notwendige Verteidigungsbereitschaft herzustellen – ein Balanceakt, der nicht nur für die politische Stabilität, sondern auch für die Sicherheit Deutschlands entscheidend ist.



TEXT: MAXIMILIAN HOFMEISTER (21), studiert derzeit Maschinenbau in Zürich, stammt ursprünglich aber aus München und ist Mitglied der Jungen Liberalen seit 2022. Er interessiert sich besonders für Wirtschafts- und Außenpolitik. In seiner Freizeit widmet er sich gerne der Fotografie. Du erreichst ihn unter hofmeister.maximilian@gmail.com

Dein Engagement bei den Jungen Liberalen

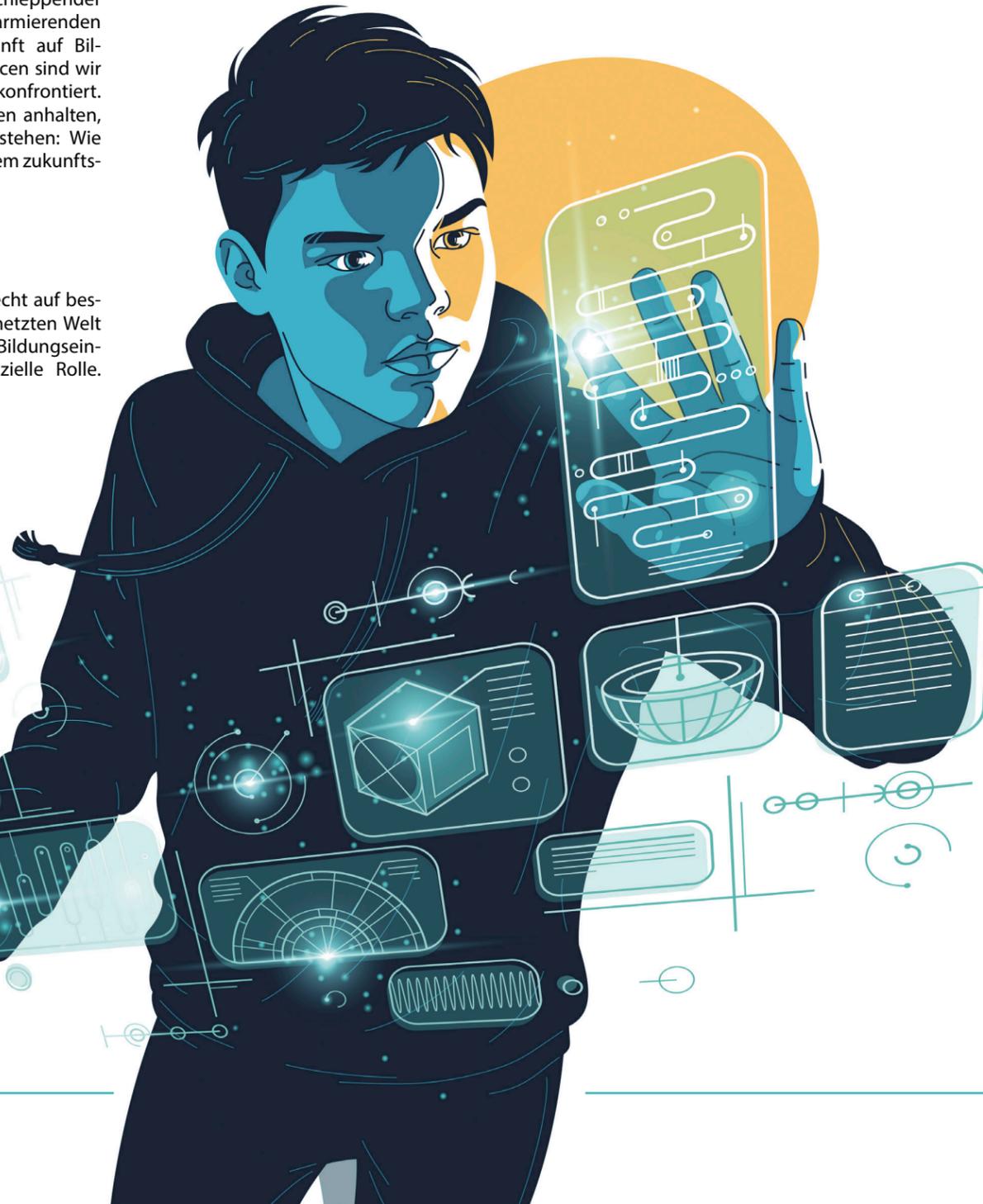


Bildung in Deutschland: Ein System im KRISENMODUS

In den letzten Jahren ist die Debatte über das deutsche Bildungssystem zu einem Echo der dringenden Rufe nach Reformen geworden. Von Lehrkräftemangel, sinkender Bildungsqualität, schleppender Digitalisierung und dem alarmierenden Einfluss der familiären Herkunft auf Bildungs- und damit Lebenschancen sind wir mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Doch während die Diskussionen anhalten, bleibt eine zentrale Frage bestehen: Wie können wir unser Bildungssystem zukunftsorientiert gestalten?

Der Digitalpakt 2.0 muss kommen

Junge Menschen haben ein Recht auf beste Bildung. In einer global vernetzten Welt spielt die Digitalisierung von Bildungseinrichtungen dabei eine essenzielle Rolle.



Aktuell hängt die digitale Ausstattung von Schulen oft von der finanziellen Lage der Kommune, vom Mindset und den Kapazitäten der dort tätigen Lehrpersonen ab. Gute digitale Bildung muss für alle Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte zum schulischen Alltag werden. Dafür sind schuleigenes WLAN, interaktive Tafeln (Smartboards) und geeignete Endgeräte für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen notwendig. Zudem muss die Wartung der Endgeräte gesichert sein. Mit digitaler Ausstattung alleine ist es aber nicht getan: (Angehende) Lehrkräfte müssen im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung obligatorisch medienpädagogisch ausgebildet werden. Um modernen, hochwertigen Unterricht sicherstellen zu können, brauchen Lehrerinnen und Lehrer flexibel zugängliche, niedrigschwellige Fortbildungen zu den Themen Künstliche Intelligenz (KI) und digitaler Lehre. Für eine qualitativ hochwertige digitale Bildung sind einheitliche, messbare Qualitätsstandards und regelmäßige Evaluationen der Fortbildungen und des Unterrichts unerlässlich.

Aber der Digitalpakt 2.0 soll nicht nur den Einsatz von digitalen Medien im Unterricht fördern, sondern auch sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf eine Zukunft vorbereitet werden, die von KI geprägt ist - eine Zukunft, die wir heute noch nicht vollständig vorhersehen können. Das Bildungssystem in Deutschland steht seit einigen Monaten vor der Aufgabe, das Potenzial generativer KI-Technologien verantwortungsbewusst und reflektiert zu nutzen. KI kann und sollte schulische Lehr-Lernprozesse unterstützen. Dazu benötigen Bildungsinstitutionen zeitnah einen rechtssicheren Zugang. Darüber hinaus ist es wichtig, länderübergreifende, verbindliche Bildungsstandards im Bereich KI festzulegen, diese in die Lehrpraxis zu integrieren und wissenschaftlich zu begleiten.

Wanted: Future Skills und ein Update der Prüfungskultur

Um Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft zu machen, benötigen sie neben digitalen, qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten, gut ausgebildetem Schulpersonal sogenannte „Future Skills“. Unter Future Skills versteht man Fähigkeiten, die entscheidend sind, damit junge Menschen in einer sich ständig verändernden Arbeitswelt erfolgreich sind, in der Technologie eine immer größere Rolle spielt und die Anforderungen an Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer kontinuierlich weiterentwickelt werden. Diese Fähigkeiten, wie beispielsweise kritisches Denken und die Fähigkeit komplexe Probleme zu analysieren, verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen, kreative und innovative Lösungen alleine oder in Teams zu finden, müssen Lernende zwingend in der Schule erwerben und einüben können. Auch Informationstechnik und Wirtschaftskompetenzen müssen eine im Schulalltag eine größere Rolle spielen. Die bisher noch wenig bekannte Initiative Finanzielle Bildung des Bundesfinanzministeriums und Bundesministeriums für Bildung und Forschung geht mit ihrer Finanzbildungsplattform in die richtige Richtung. Allerdings muss der Bund noch mehr auf die Länder einwirken, um eine Verzahnung mit den Lehrplänen auf Länderebene zu ermöglichen, damit Finanz- und Wirtschaftsbildung endlich in ausreichendem Umfang bundesweit in die Schulen kommen.

Mit den unterrichtlichen Veränderungen sollte zwingend eine veränderte Prüfungskultur einhergehen: Weg von der Reproduktion in Einzelprüfungen in isolierten Schulfächern ohne digitale Hilfsmittel, hin zu Leistungsnachweisen, in denen die Schülerinnen und Schüler komplexe Probleme in Teams mit digitaler Unterstützung oder dem Einsatz von KI lösen. Entsprechend müssen (zukünftige) Lehrerinnen und Lehrer in den Bereichen KI und Learning Analytics aus- und weitergebildet werden. Learning Analytics im schulischen Bereich bedeutet, dass Datenanalysen genutzt werden, um Einblicke in den Lernprozess von Schülerinnen und Schülern zu gewinnen. Basierend auf den Analyseergebnissen können Lehrkräfte ihren Unterricht individuell an die Lernenden anpassen, um angemessen auf die Bedürfnisse einzugehen. Das kann bedeuten, dass Schülerinnen und Schülern zusätzliche Unterstützung angeboten wird oder sie herausfordernde Aufgabenstellungen in Übungsphasen erhalten, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Bei der Bewertung können KI-basierte Tools Lehrkräfte unterstützen, es ist jedoch zentral, dass die Kontrolle und Verantwortung für die Bewertung in menschlicher Hand bleiben.

Ein Motor für mehr Bildungsgerechtigkeit: Das Startchancenprogramm

Studien zeigen zuhauf, dass viele Schülerinnen und Schüler grundlegende Fähig-

keiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen in zahlreichen Schulen nicht angemessen erlernen. Dieser Mangel an Bildungsqualität trifft insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Familien hart. Das Startchancenprogramm von Bund und Ländern unterstützt ab dem Schuljahr 2024/25 gezielt Schulen mit einer hohen Anzahl an benachteiligten Schülerinnen und Schülern mit circa 20 Milliarden Euro in zehn Jahren. Die bedarfsgerechte Mittelzuweisung des Startchancenprogramms ist wichtig und ein Novum. Doch das allein ist zu wenig.

Bund, Länder und Kommunen müssen für beste Bildung und mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Dafür müssen die Länder die strukturellen Voraussetzungen schaffen, damit alle Schulen möglichst eigenverantwortlich die besten Ergebnisse erreichen können. Dazu brauchen sie größtmögliche pädagogische, personelle und wirtschaftliche Freiheit. Die Schulen vor Ort wissen am besten, welches Personal und welche technische Ausstattung sie benötigen. Gemeinsame Standards müssen besser umgesetzt werden und Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, wobei dies nicht zulasten der oft schon überforderten Kommunen gehen darf.



TEXT: JULIA HEHL (32), ist Leiterin des Bundesarbeitskreises Bildung, Forschung und Kultur. Gebürtig kommt sie aus Rheinland-Pfalz. Mittlerweile lebt sie als Referentin bei einer Stiftung in Köln. Als ehemalige Latein- und Ethiklehrerin interessiert sie sich besonders für die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems. Du erreichst sie unter julia.hehl@julis.de

Was unser kleiner **NACHBAR** besser macht

Die Schweiz setzt mehr auf berufliche Bildung und hat damit Erfolg. Fünf Dinge, die wir uns an der Alpenrepublik anschauen sollten.

A

Als frisch gebackener Abiturient in Deutschland und aktueller Praktikant bei der FDP Schweiz habe ich den direkten Vergleich zwischen den beiden Bildungssystemen. Und stelle fest: Es lohnt sich, einen Blick auf unseren Nachbarn zu werfen. Es geht darum, unserer liberalen Idealvorstellung und unserem Kernthema eine Zukunft zu geben. Denn nur mit einer guten Ausbildung ist der soziale Aufstieg für alle möglich, die Ehrgeiz und Biss haben. Und nur wenn junge Leute eine gute, anspruchsvolle, international wettbewerbsfähige Ausbildung erhalten, wird es Deutschland gelingen, wirtschaftlich weiterhin Erfolg zu haben.

Fünf Forderungen, was sich ändern muss:

1 Weniger Schulstoff, aber dafür richtig: In Deutschland geht der Trend dahin, von allem ein bisschen zu

lehren. Das ist gut gemeint, aber ein Trugschluss – denn die Basis von allem sind Rechnen, Lesen und Schreiben. Wenn das, wie es die Pisa-Studie sagt, nur noch die wenigstens Schüler und Schülerinnen beherrschen, fehlt die Basis für alles weitere. Dann ist die Chance eines jeden bereits zu Beginn nicht mehr gleich. Wenn bereits im jungen Alter Rückstände entstehen, ist es schwer, diese wieder aufzuholen. Die Schweizer FDP fordert deshalb, diese Basis-Fähigkeiten in den ersten Jahren in den Fokus zu stellen. Das heißt: Lehrpläne verdünnen und dafür die Kernfächer intensivieren. Handlungsbedarf gibt es auch in den oberen Stufen: Dort wird zu oft von Thema zu Thema gesprungen, ohne den Schülern die Chance zu geben, einen Zugang zu dem Stoff zu bekommen. Weniger wäre auch hier mehr.

2 Bildung braucht Geld. In Deutschland wurde hier die letzten Jahre zu wenig investiert. 2020 flossen noch 4,8% des BIPs in die Bildung, 2023 waren es noch 4,4% – also weniger statt mehr! In der Schweiz sind es 5,9%. Man könnte meinen, dass wir noch immer in Zeiten des Overheadprojektors leben.

Deutschland muss die Prioritäten seiner Staatsausgaben neu definieren, schließlich sind Investitionen ins Schulsystem Investitionen in unsere Zukunft – und damit die wichtigsten überhaupt!

3 Zuerst kommt die deutsche Sprache. In vielen Schulen Deutschlands können viele Schülerinnen und Schüler immer weniger Deutsch. Das macht es den Lehrkräften erheblich schwerer, den Stoff zu vermitteln – der eine Teil der Schülerinnen und Schüler ist überfordert, der andere unterfordert. Aus diesem Grund fordert die FDP Schweiz schon vor der 1. Klasse oder vor dem Einstieg ins Bildungssystem Sprach-Intensivkurse. Das schafft die Basis, um in der Schule und im Land Fuss zu fassen, und sorgt dafür, dass die anderen Schüler nicht bei ihrem Lernprozess aufgehoben werden.

4 Nicht alle müssen aufs Gymnasium. «Mein Kind ist schlau genug für das Gymnasium!» So verteidigen Eltern ihre Kinder nach der Grundschule, wenn die Lehrkraft eine Mittel- oder Realschul-Empfehlung ausspricht. Man könnte hier den Eindruck bekommen, dass die anderen Schulformen nichts wert

sind. Der Trend, dass jede und jeder auf das Gymnasium muss, verstärkte sich über die Jahre. In der Schweiz liegt die Abiturientenquote bei lediglich 20% – in Deutschland sind es 35 bis 40%! Dabei gibt es bestimmt immer noch gleich viele Leute, die handwerklich begabt sind und ihre Passion in einer handwerklichen Lehre finden würden. Das Schweizer Staatssekretariat für Bildung setzt sich deshalb stark für die Qualität von Berufsausbildungen ein, um diese attraktiver zu machen.

5 Mehr Weiterbildung. Genauso wichtig ist ein hohes Mass an Weiterbildungsmöglichkeiten. Die FDP Schweiz hat sich dafür eingesetzt, dass Azubis nach ihrer Ausbildung zukunftsstrahlende Perspektiven haben. Die Schweiz zeichnet ihre hohe Durchlässigkeit aus: Ein Lehrabsolvent kann später immer noch studieren, und nicht wenige CEOs in der Schweiz haben ihre

Ausbildung einst mit einer Berufslehre begonnen – das ist wohl sogar weltweit einmalig. Es muss nicht jeder studieren, um später Erfolg zu haben – diesen Spirit sollten auch wir in Deutschland leben! In einem Punkt aber ist Deutschland diesbezüglich besser: In der Schweiz müssen alle Schülerinnen und Schüler sechs Jahre lang dieselbe Schulbank drücken und erst danach wird nach individuellen Fähigkeiten in eine von drei Schulstufen eingeteilt. In Deutschland passiert das richtigerweise schon viel früher.

Ohne solide Basis bringt alles andere nichts. Ohne Grundlagen keine erfolgreiche Ausbildung und kein erfolgreiches Studium. Ohne diese Grundlagen wäre auch ich jetzt aufgeschmissen bei meinem Praktikum, wo ich in der Praxis erlebe, wie viel an Wissen vorausgesetzt wird. Auf diesem kann ich nun neue Kenntnisse aufbauen. Und auch jetzt wäre ich aufgeschmissen. Müsste ich

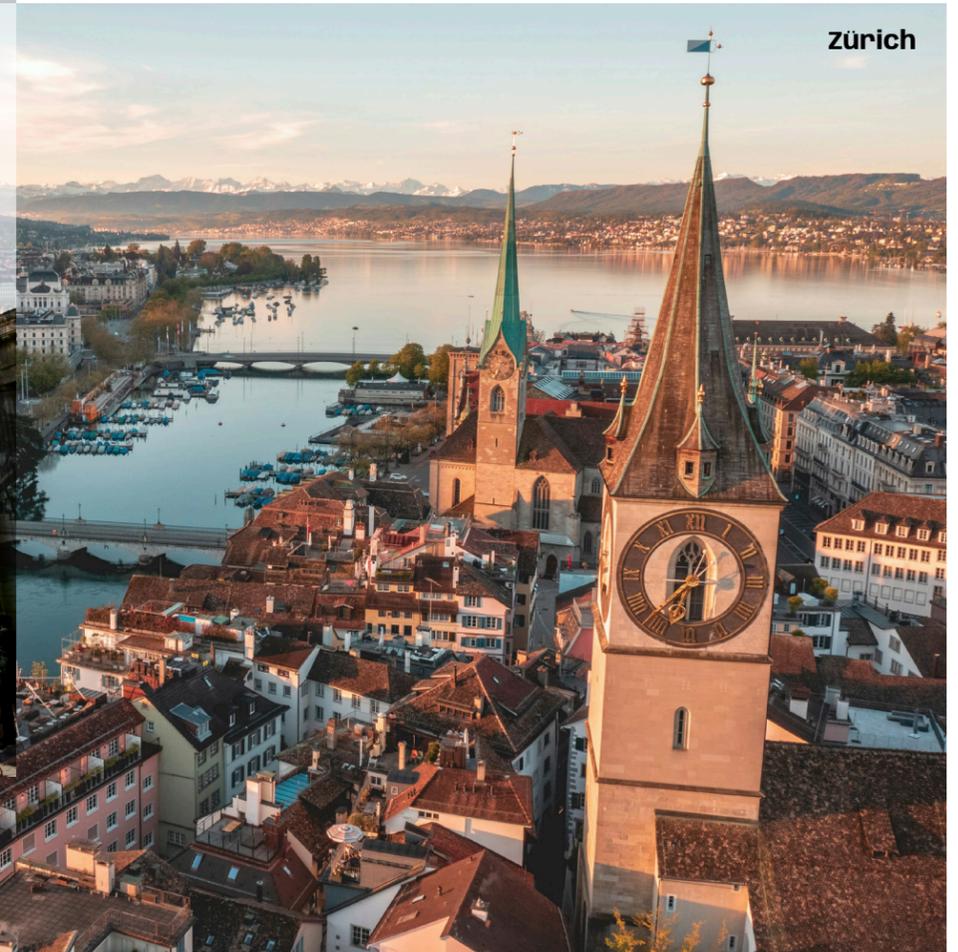
beim Verfassen dieses Textes mehr Zeit aufwenden, um drei mal über jedes Komma nachzudenken statt über den Inhalt, so würde ich nie fertig werden – oder der Text wäre eine Katastrophe.



TEXT: LUIS LAMBERT (19), hat letztes Jahr sein Abitur in Bamberg gemacht und absolviert momentan ein Praktikum in Bern bei der FDP Schweiz



Berlin



Zürich

Von Talentschulen zu Startchancen. **Warum Bildung der beste Weg aus Armut ist**

V

on Talentschulen zu Startchancen. Warum Bildung der beste Weg aus Armut ist In Deutschland dauert es 6 Generationen oder 180 Jahre bis eine einkommensschwache Familie das Durchschnittseinkommen erreicht. Deutschland liegt damit nicht nur unter dem OECD-Durchschnitt (5 Generationen) sondern schneidet damit auch schlechter ab als die meisten anderen Industrieländer, bei Spitzenreiter Dänemark liegt dieser Wert bei 2 Generationen.

Was ist aber der Grund dafür, dass der soziale Stand der Ur-Ur-Ur-Enkel eines Geringverdieners immer noch von dessen heutiger Lebenssituation abhängt?

Die Ursachen dieser sozialen Immobilität sind vielschichtig und lassen sich doch auf eine gemeinsame Wurzel zurückführen: Den Teufelskreis, den Armut auslöst. Auf der Hand liegt, dass materielle Armut die Lebenschancen der Kinder beeinträchtigt, es ist unwahrscheinlicher, dass sie ein Musikinstrument lernen oder im Sportverein angemeldet sind, so liegt der Anteil der Nichtschwimmer aus armen Haushalten (49%) deutlich über dem Niveau derjenigen, die ein Nettoeinkommen von 4000€ beziehen (12%).

Armut führt darüber hinaus zu geringeren Bildungschancen im klassischen Sinn. Hier gibt es ebenfalls einige Statistiken, die für sich sprechen: Kinder mit Armutserfahrung schaffen es dreimal seltener auf ein Gymnasium als Kinder ohne. Bei gleichem Bildungsniveau der Eltern war diese Quote



sogar noch höher, in diesem Fall schafften es diese Kinder sogar nur viermal seltener auf das Gymnasium. Die Unterschiede zwischen den Leistungen der Schüler werden dabei mit Fortschreiten der Bildungskarriere immer größer, schließlich gibt eine Reihe an Faktoren, die armen Schülern das Lernen erschwert. Das Bildungsniveau ist in den unteren sozialen Schichten oft niedriger und so fehlt Schülern die Unterstützung von zuhause. Ein mangelndes soziales Umfeld, Armut ist bekannterweise oft ein Grund für Mobbing, und weitere enorme Stressfaktoren behindern erfolgreiches Lernen zusätzlich.

All das sind wahrlich keine neuen Erkenntnisse und war auch schon vor Erscheinen des OECD-Berichts Allen, die sich auch nur oberflächlich mit dem Thema befasst haben, bewusst.

Es ist (logischerweise) Konsens, dass Armut allgemein, insbesondere aber deren Vererbung politisch gelöst werden muss. Aus diesem Grund heraus haben sich auch alle großen Parteien mit diesem Thema beschäftigt. Vor allem aus dem linken Spektrum kommt immer wieder die Forderung Armut zuallererst damit zu lösen, Geld in Richtung Unterschicht umzuverteilen. Jüngstes Beispiel ist der von Lisa Paus eingereichte Vorschlag zur Kindergrundsicherung letztes Jahr. Dieser war nicht nur in der Umsetzung stümperhaft (Stichwort: Finanzierung) sondern könnte in dieser Form auch zu den mittlerweile bekannten 5000 neuen Behördenstellen führen und damit auch zu entsprechenden Personal- und Bürokratiekosten, die dann wiederum bei der Finanzierung von langfristigen Investitionen oder Sozialleistungen fehlen.

Sicherlich können finanzielle Lösungen ein Teil im Kampf gegen Armut sein, sie sind schließlich zum Teil verfassungsrechtlich obligatorisch und dienen der kurzfristigen Sicherung des Lebensunterhalts armer Familien. Ohne an dieser Stelle die Frage nach (Leistungs)gerechtigkeit unseres Sozialsystems stellen zu wollen, ist dennoch klar, dass diese Hilfe- und Solidaritätsleistungen langfristig keine Lösung darstellen können. Denn am Ende sind all diese Zahlungen dafür ausgelegt, das Existenzminimum abzusichern, was zwangsläufig Armut bedeutet.

Aus liberaler Sicht ist klar, dass vor allen Dingen aber Bildung der Weg aus Armut ist, insbesondere langfristig. Schulbildung ist im Grundgedanken leistungsgerecht (wobei es natürlich auch hier Verbesserungspotenzial gäbe) und der Schlüsselpunkt des oft zitierten Aufstiegsversprechen. Wie

anhand der vorhin aufgezählten Statistiken allerdings offensichtlich wurde, hängt diese aber zu oft und zu stark davon ab, welchen sozialen Status man hat. Als Kind aus einem armen Haushalt muss man sich aus den genannten Gründen deutlich stärker für einen guten Bildungsweg anstrengen als Andere, chancengerecht ist das natürlich nicht und so besteht in diesem Bereich eindeutig noch Handlungsbedarf, damit das Potenzial, das in jedem Schülerkopf steckt in Zukunft vollständig ausgeschöpft werden kann.

In Nordrhein-Westfalen, zu diesem Zeitpunkt noch unter Bildungsministerin Yvonne Gebauer, also FDP geführt, wurden aus diesem Grund im Jahr 2019 die sogenannten „Talentschulen“ ins Leben gerufen, die im darauffolgenden Schuljahr (2019/2020) den Unterricht aufgenommen haben.

In diesem Programm wurden 60 Schulen (45 weiterführende Schulen und 15 Berufskollege) in NRW, die einen besonders hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülern vorweisen konnten, besonders gefördert. Der entscheidende Unterschied hierbei ist jedoch, dass diese Förderung nicht nur monetär erfolgt ist. Die ausgewählten Schulen wurden, im Falle der weiterführenden Schulen, auch durch eine verstärkte sprachliche Förderung und durch die Schaffung eines Profils, zur Wahl standen MINT sowie ein kulturelles Profil, unterstützt. Die Berufskollege können durch die Aufnahme in das Talentschulen-Programm eine verbesserte Berufsorientierung anbieten. Beide Schultypen haben sich in diesem Rahmen zusätzlich dazu verpflichtet außerschulische Kooperationen (z.B. mit Ausbildungsstätten) zu verstärken, um den Schülern einen einfacheren Übergang ins Berufsleben zu ermöglichen und somit das Ausbrechen aus dem Teufelskreis Armut. Darüber hinaus erhielten die Schulen ein höheres Personalbudget und jeder Schule wurde mindestens ein Sozialarbeiter zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich keine sonderlich hohe Zahl, im Vergleich zum Rest NRW aber höchstwahrscheinlich überdurchschnittlich. Das gesamte Programm wird weiterhin wissenschaftlich begleitet und regelmäßig evaluiert. Es scheint dabei so erfolgreich zu sein, dass unsere Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger in Zusammenarbeit mit den Ländern im September 2023 das „Startchancenprogramm“ initiiert hat, welches im Schuljahr 2024/25 anlaufen soll.

Der Bund investiert jeweils eine Milliarde Euro über 10 Jahre hinweg in Schulen, die ähnlich wie bei den Talentschulen, einen hohen Anteil an sozial benachteiligten

Schülern haben. Die Länder beteiligen sich ihrerseits ebenfalls jährlich mit einer Milliarde, sodass über 10 Jahre hinweg 20 Milliarden Euro in höhere Chancengerechtigkeit und gegen die Vererbung von Armut.

Diese beiden Programme untermauern unseren Anspruch, die einzige Partei zu sein, die vollumfänglich für die Emanzipation jedes Individuums eintritt. Sowohl die Talentschulen als auch das Startchancenprogramm sind Bausteine einer langfristigen Strategie, die durch Bildung das Problem der vererbten Armut, die sowohl die Leistungs- als auch die Chancengerechtigkeit untergräbt, löst. Sie soll die Schüler in ihrer eigenen Verantwortung stärken, so dass sie in Zukunft unabhängig von staatlichen Leistungen leben können und von ihren selbst erbrachten Leistungen leben können. Denn nur diese Unabhängigkeit führt am Ende zu persönlicher Freiheit und einem erfüllten Leben. Ich bin fest davon überzeugt, dass kein Mensch langfristig von der Solidargemeinschaft abhängig sein will, solange die Alternativen (z.B. eine gute Bildung) niederschwellig und attraktiv zur Verfügung stehen. Lisa Paus hat im Rahmen der Debatte um die Kindergrundsicherung davon gesprochen, dass der Staat eine „Bringschuld“ gegenüber seinen Bürgern habe. Im Bereich der

Sozialleistungen ist das illusorisch, diese Verpflichtung würde allein schon an den Kapazitäten der Ämter scheitern. Bei Bildung wiederum kann und muss der Staat dafür sorgen, diese so attraktiv und chancengerecht wie möglich zu machen, damit das Aufstiegsversprechen, welches der Motor für die Motivation eines jeden Einzelnen ist, wirklich gelebt werden kann.



TEXT: NIKLAS ZAISER (16), ist Stv. Vorsitzender für Programmatik im Kreisverband Böblingen. Seine politischen Herzensthemen sind die Bildungs- und Gesellschaftspolitik, da beide extrem wichtig für ein ernsthaftes Aufstiegsversprechen, dem Grundbaustein liberaler Politik, sind.



Finanzielle Bildung als Schlüssel zur Chancengerechtigkeit

Wieso bleiben reiche Menschen reich? Wer über ein großes Vermögen verfügt, der wird seine Erfahrungswerte mit seinen nachfolgenden Generationen teilen und ihnen Tipps an die Hand geben, wie sie dieses Vermögen verwalten und mehren. Neben dem familiären Hintergrund spielt die ökonomische und finanzielle Bildung in der Schule eine unverkennbare Rolle, wie sich das Finanzverhalten von Menschen ausbildet. Sorge für die Gegenwart durch den täglichen Umgang mit Geld, Vorsorge für die Zukunft, Absicherung gegen Lebensrisiken sowie die Sicherung des Lebensstandards – das sind alles Themen, die jeden individuell betreffen. Die Fähigkeit zur eigenen Reflexion seines Finanzverhaltens ist grundlegend für soziale Mobilität. Unter der FDP-Bildungsministerin Yvonne Gebauer wurden ab 2019 die Lehrpläne der Schulen zugunsten einer Stärkung des Fachs Wirtschaft reformiert. Je nach Schul-

form und Bundesland existieren für die ökonomische Bildung unterschiedliche Fächer wie Wirtschaft, Politik-Wirtschaft, Arbeit-Wirtschaft-Technik, Politik-Sozialkunde und Gesellschaftswissenschaften. Die Curricula zum Thema der ökonomischen Bildung beinhalten drei Schwerpunkte, „Konsum und Haushalt“, „Beruf, Arbeit, Unternehmen“ und „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik“. Es ist sehr begrüßenswert, dass neben volkswirtschaftlichen Inhalten nun auch Teilbereiche des Finanzmanagements ins Curriculum aufgenommen wurden, jedoch fällt mit der näheren Auseinandersetzung auf, dass zukunftsbezogene finanzielle Entscheidungen bisher in keinem der Fächer ausreichend berücksichtigt wurden. Gerade hinsichtlich des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Gesellschaftsvertrag, auf dem unser gegenwärtiges Rentensystem gründet, halte ich es für sehr gefährlich, über die Vorsorge im Alter im Rahmen der finanziellen Bildung nicht zu sprechen. Vor allem in jungen Jahren lässt sich für die Altersvorsorge die

größten Effekte erzielen. Man lässt junge Menschen im Unwissen und öffnet damit Tür und Tor für unseriöse „Finanzexperten“. Insbesondere fördert man dadurch das Märchen, man könne sich, was die Altersrente betrifft, weiterhin auf den Staat verlassen, der das schon irgendwie (mit unzähligen Summen an Steuermitteln) regeln wird.

Eine Studie der IU aus dem Jahr 2023 befragte 1202 Menschen zu ihrem Wissen, Verhalten und ihren Einstellungen in finanziellen Themen, angelehnt an den Fragenkatalog der OECD. Die Diskrepanz zwischen Selbsteinschätzung und Realität ist gravierend. Acht von zehn Menschen in Deutschland schätzen ihr Wissen über Finanzen als sehr gut bis eher gut ein. Von 20 möglichen Punkten erreicht Deutschland nur 10,7 Punkte! Nur 49,2% der 1202 Teilnehmer fühlen sich durch ihre schulische Ausbildung hinreichend in Finanzen ausgebildet. Ein Armutszeugnis! 60% der Befragten unter 25 geben an, dass die Familie ihre häufigste Informationsquelle sei. Als zweitmeist verwendete

Informationsquelle dienen Finanzinfluencer. Das ist insofern ein Problem, da viele jungen Erwachsenen nicht über genug Wissen und Bewusstsein in finanziellen Themen verfügen und sich dann auf Andere und ihre Ratschläge verlassen.

Die Debatte über finanzielle Bildung stellt die Grundsatzfrage: Was soll uns Schule lehren? Im Schulgesetz NRW im zweiten Paragraphen heißt es, dass „Schülerinnen und Schüler (...) befähigt [werden], verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben zu gestalten.“ Daraus ergibt sich der Auftrag, Schülerinnen und Schüler zu eigenständigen Individuen zu erziehen und diese auf ein eigenverantwortliches Leben vorzubereiten. Ein Leben in Eigenverantwortung geht mit qualitativer finanzieller Bildung zwangsläufig einher! Schule sollte dahingehend ein Basisverständnis schaffen.

Umdenken: Über Geld spricht man doch!

In Deutschland ist es immer noch ein Tabu, offen über seine eigenen Finanzen zu sprechen. Wir Deutschen gelten als verschlossen und zurückhaltend. Ist doch logisch, dass die finanzielle Bildung im Durchschnitt eher als unzureichend zu bewerten gilt, wenn man kaum über Finanzen spricht. Mit großer Freude kann man nun seit einigen Jahren einen Wandel diesbezüglich vor allem in den jüngeren Generationen wahrnehmen. Langfristig muss das Ziel sein, eine offene Finanzkultur zu etablieren. Man kann Zusammenhänge zwischen den Ländern, ihrer Finanzkultur und der finanziellen Bildung erkennen: Schweden, wo die finanzielle Bildung europaweit mit am höchsten ist, hat eine weitaus stärker ausgeprägte Aktienkultur und hat den Mut, eine Aktienrente einzuführen. Hierzulande werden immer noch haltlose Vorurteile gegenüber Aktien geäußert, was wiederum die unzureichende finanzielle Bildung unterstreicht.

Die Zukunft der Finanzbildung in Deutschland

Finanzbildung wird im deutschen Kontext häufig als Ergänzung einer umfassenderen ökonomischen Bildung gesehen und nicht - wie beispielsweise in den USA – als eigenständiger Kurs. Sie sollte jedoch separat zur Wirtschaft unterrichtet werden.

Im Fach Wirtschaft werden die Interdependenzen zwischen volkswirtschaftlichen Elementen aufgegriffen. Finanzen als Fach soll dem Individuum als Ergänzung dienen, selbst reflektierte Entscheidungen zu treffen. Zudem würde die Etablierung des Fachs Finanzen zu einer offeneren Finanzkultur beitragen. Finanzen sind ein komplexes Thema und sollte daher erst ab der 10. Klasse in den Lehrplan in allen Schulformen integriert werden. Vorher kann man Teile der Verbraucherbildung oder Konsumententscheidungen in das Fach Wirtschaft-Politik integrieren, sodass während der gesamten Schullaufbahn immer wieder finanzielle Inhalte aufgegriffen werden. Neben unzähligen Gedichtsanalysen in vielen verschiedenen Sprachen ist es wichtig, dass Schule auch konkret auf das spätere Leben vorbereitet. Besonders in den höheren Klassen spielt die Auseinandersetzung mit Finanzwissen und Finanzverhalten eine wichtige Rolle, da mit dem baldigen Berufseinstieg oder der Finanzierung des Studiums nun erste finanzielle Fragen anstehen. Altersvorsorge, Diversifikation bei Investitionen, Zinseszineffekt- diese Themen dürfen nicht Familiensache bleiben! Wer aufgeklärt ist, kann auf seinem Wissen basierend bessere Entscheidungen treffen, die einem in der Zukunft auch noch nutzen. Außerdem ist es von besonderer Bedeutung, sich mit Finanzterminologie auseinanderzusetzen, um später Angebote von Banken oder Versicherungen überhaupt verstehen zu können. Das Ziel des Fachs muss sein, Schülerinnen und Schülern finanzielle Mündigkeit auf dem Weg zu geben und ihr Finanzverhalten positiv zu beeinflussen.

Selbstverständlich sollten Lehrer, die ohnehin schon für das Fach Wirtschaft oder Wirtschaft-Politik ausgebildet wurden, das Fach Finanzen unterrichten. Es gilt nämlich zu verhindern, dass eben jenes Fach zum Einfallstor für Lobbyisten wird. Finanzielle Bildung wirkt- das zeigt auch die Studie der DIW Berlin und der Toolkit der OECD. Anders als die meisten Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Deutschland keine nationale Strategie, um Finanzbildung zu fördern. Seit 2005 empfiehlt die OECD den Mitgliedsstaaten, Finanzen verbindlich in Schulcurricula zu integrieren. Deutschland nimmt zudem auch nicht beim PISA-Vergleich zur finanziellen Bildung teil. Dank Finanzminister Christian Lindner und Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger wird nun endlich eine Finanzbildungsstrategie erarbeitet. Diese soll drei zentrale Maßnahmen um-

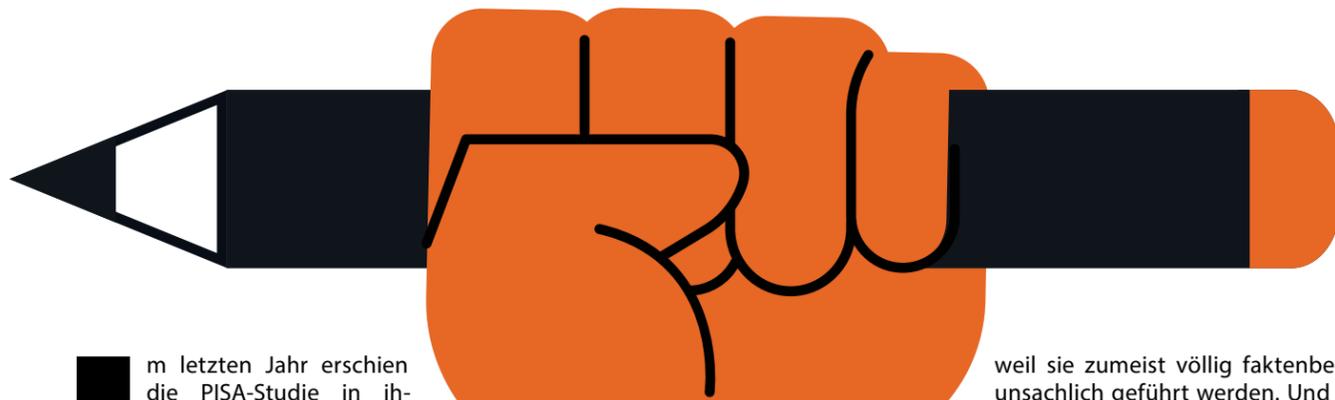
fassen: die Erarbeitung eines bundesweiten Konzepts, welche die finanzielle Bildung stärkt, die Schaffung einer zentralen Finanzbildungsplattform und die Stärkung der Forschung zur finanziellen Bildung. Diese Entwicklungen sind sehr begrüßenswert, die Vorschläge aber noch wenig konkret. Es braucht mehr Fördermittel des Bundes, um finanzielle Bildung an alle Schulen zu tragen. Neben der finanziellen Mündigkeit stellt die Finanzbildungsstrategie eine Investition in Humankapital dar. Zudem soll mehr Geld in die Weiterbildung der Lehrer in Form von Fortbildungen und Seminaren reinfließen. Die adäquate Qualifizierung des Lehrpersonals ist ein Qualitätsmerkmal für eine wirksame finanzielle Bildung. Die Finanzbildungsstrategie soll wissenschaftlich begleitet werden, um weiter dazulernen, welche Interventionen besonders gute Fortschritte hinsichtlich des Bildungsstands erzielen und um öffentliche Ressourcen bestmöglich einzusetzen.

Insgesamt lässt die finanzielle Bildung in Deutschland eher zu wünschen übrig und ist immer noch nicht als fester Bestandteil des Allgemeinwissens in Lehrplänen ausreichend integriert. Finanzbildung ist der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit. Reflektiertes Finanzverhalten, Wissen über langfristigen Vermögensaufbau, Sicherung des Lebensstandards im Alter – all das sind Faktoren, die gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen. Das Fach Finanzen würde die Eigenverantwortung fördern und investiert nebenbei in Humankapital, denn Menschen, die reflektierte Finanzentscheidungen treffen, verfügen über ein größeres Vermögen, was wiederum dem Staat mehr Einnahmen verschafft. Jeder sollte die Chance dazu haben, finanziell mündig zu sein!



TEXT: LILLY SCHNEIDER (19), ist angehende Studentin in Bielefeld und engagiert sich im Landesvorstand der Liberalen Schüler NRW. Darüber hinaus begeistert sie sich für wirtschaftspolitische Themen, liebt Bücher und Festivals. Über Anregungen und Kritik freut sich Lilly gerne über lilly_schneider2005@icloud.com

BILDUNG IST ZU WICHTIG, um sie dem Staat zu überlassen.



Im letzten Jahr erschien die PISA-Studie in ihrer achten Ausgabe. Für Deutschland ein regelrechter PISA-Schock. Wobei es nicht wirklich ein Schock war. Obwohl die fünfzehnjährigen Schüler in Deutschland so schlecht abschnitten wie noch nie und im Vergleich zu 2018 sogar durchschnittlich 20 Basispunkte (circa ein Schuljahr) an Lernfortschritt eingebüßt hatten, wurden die Ergebnisse nur resigniert zur Kenntnis genommen. Man hat sich in diesem Land daran gewöhnt, dass die Bildung immer schlechter wird. Obwohl eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und der Parteien für eine „grundlegende Reform“ des Bildungswesens ist, gibt es kein Politikfeld, in dem so herzlich wenig passiert. Dabei sind die Lösungen lange bekannt und sie liegen nicht beim Staat.

Die Debatte ist intellektuell tot

Die bildungspolitischen Debatten in Deutschland sind besonders frustrierend,

weil sie zumeist völlig faktenbefreit und unsachlich geführt werden. Und die Liberalen bekleckern sich hier leider auch nicht mit Ruhm. Zunächst herrscht Unwissen über unsere strukturellen Unterschiede zu den OECD-Vergleichsstaaten sowie das tatsächliche Ausmaß der Leistungsdefizite. Deutschland ist, bei aller berechtigten Kritik, ein Land mit einem Bildungswesen, das Ergebnisse im OECD-Durchschnitt produziert. Das ist solide; keine Vollkatastrophe, aber schlechter als früher – durchschnittlich eben.

Die Analyse der Probleme läuft meist schon ins Leere, daher räume ich mit zwei besonders hartnäckigen Mythen auf. Mythos Nummer eins: Das Problem liegt darin, dass wir zu wenig für Bildung ausgeben. Nein – mehr Geld macht nicht zwangsläufig bessere Bildung. Finanzen sind keine unwesentliche Frage, aber wir sehen innerhalb der Bundesrepublik, dass viele Länder, die besonders viel Geld pro Schüler ausgeben (siehe NRW oder Berlin) nicht unbedingt gut abschneiden. Mythos Nummer zwei:

Der Flickenteppich des Bildungsföderalismus ist das Problem, weil das System nicht einheitlich genug ist. Nein, auch das ist falsch. Es erstaunt mich immer wieder, dass ausgerechnet in liberalen Kreisen – wo wir zurecht auf die negativen Folgen von Machtkonzentration und Zentralisierung hinweisen – ausgerechnet im Bildungswesen diese Prinzipien völlig vergessen werden. Größere lokale Autonomie ist im Gegenteil eher Garant einer guten Bildung. Das sieht man deutlich in der Schweiz, die mit ihren 26 Kantonen auch 26 Bildungssysteme verfolgen und deutlich besser als Deutschland abschneidet.

Schulautonomie ist der zentralen Planung überlegen

In der PISA-Studie verbirgt sich auch ein öffentlich wenig beachteter Punkt, der aber für die politische Lösungsfindung zentral ist. Was haben eigentlich die teilweise sehr unterschiedlichen, aber sehr leistungsfähigen Schulsysteme in Japan, Singapur, Estland und der Schweiz gemeinsam? Die Antwort ist eindeutig: Schulautonomie. Das ist eine Kennzahl bei der Deutschland besonders unterdurchschnittlich abschneidet. In Deutschland besuchen gerade mal 41 Prozent der Schüler eine Schule, an der die Schulleitung die Hauptverantwortung für das Einstellen von Lehrern innehat. Die große Mehrzahl an Lehrern wird zentral über die Schulaufsichtsbehörden der Landes- oder Bezirksregierungen verteilt. Ein völlig irres Konzept. Man würde ja auch nicht auf die Idee kommen Angestellte für Unternehmen zentral zuzuweisen – außer eben in einer Planwirtschaft.

Hier müssen wir Liberale mutiger werden und aufhören uns in dieser kognitiven Dissonanz aufzuhalten. Mehr Zentralisierung im Bund und mehr Schulautonomie sind ein struktureller Widerspruch. Wer ernsthaft glaubt, dass ein bundesweites Zentralabitur, gemeinsame Kernlehrpläne und sonstige Bestrebungen der Vereinheitlichung des Schulwesens nicht vollkommen antagonistisch zum Prinzip Subsidiarität und Schulautonomie laufen, der glaubt auch an den Staat. Wir können hier selbstbewusst für marktoptimistische Lösungen einstehen, denn die Bildung funktioniert genau wie jeder andere Lebensbereich in denen menschliches Handeln vor Ort besser funktioniert als zentrale Planung des Staates. Die Empirie ist übrigens eindeutig in dieser Frage. In den Schulen Estlands – europäischer Spitzenreiter im PISA-Ver-

gleich 2022 – ist es an fast allen Schulen so das selbstverständlich die Schulleitung entscheidet welches Personal eingestellt wird und Lehrer entscheiden welches Material sie verwenden. Autonomie korreliert stark mit höherer Leistungsfähigkeit und das muss ein zentrales Argument unserer liberalen Argumentation sein.

Schulautonomie ist ein Gebot eines sozialen Schulwesens

Das stärkste Argument für ein freies Schulwesen verbirgt sich im Übrigen nicht nur in der Leistungsfähigkeit der Schüler, sondern auch darin, dass es ein menschlicheres – ein sozialeres System ist. Denn die zahlreichen politischen Debatten welche Schulfächer nun mehr oder weniger Stunden bekommen sollten oder wie ein Zentralabitur ausgestaltet wird, sind uninteressante und letztlich nur bevormundende Debatten. Wir sind keinen Deut besser als die Grünen, wenn wir ihnen vorwerfen, dass sie ihre Klimathemen in die Lehrpläne reinbringen und wir dafür das Schulfach Wirtschaft einführen wollen. Auch wenn das Schulfach Wirtschaft aus unserer Sicht bedeutender ist. Das Debattenniveau ist exakt das Gleiche. Politiker und politische Menschen urteilen über die Frage was für Kinder angeblich das Beste sei. Dabei wissen wir doch gerade aus diesen Debatten, dass jeder von uns individuell völlig andere Erfahrungen gemacht hat. Für den einen waren die Bundesjugendspiele spaßiger Ansporn zu mehr Leistungsfähigkeit und Disziplin; für den anderen ein unfreiwilliger Gang zu körperlicher Demütigung. Wer hat nun Recht? Beide. Jedes Kind ist unterschiedlich und gerade wir Liberale müssten das wissen.

Also sparen wir uns die ermüdenden Debatten um Fragen welche Fächer ins Abitur gehören, wie viele Stunden Informatikunterricht es geben soll oder ab welcher Klassenstufe Wirtschaft zum Kanon des Lehrplans gehören soll. Beteiligen wir uns nicht länger an den unsäglichen Schlachten um die Kernlehrpläne, sondern schenken wir Eltern, Lehrern und Kindern mehr Vertrauen die passenden Lösungen vor Ort zu finden. Wagen wir es ein freies und soziales Schulwesen zu fordern. Ein Schulwesen ohne den Schulzwang, sondern mit einer Bildungspflicht, wie es viele andere europäische Staaten, wie die Vorbilder aus Estland und der Schweiz, bereits haben. Ein Schulwesen, wo Kinder nach ihren Talenten gefördert werden können, weil

Schulen die Freiheit haben individuelle Profile zu erstellen – egal ob mit sportlichem, sprachlichem, künstlerisch-bildendem, natur- oder geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt.

Ein Schulwesen, das sich nicht für überkommene Fragen von „Vergleichbarkeit“ nach Noten oder dem Zentralabitur interessiert, sondern Freiraum hat, um zeitgemäße Lösungen für die Beurteilung schulischer Leistung zu kopizieren und dabei eng mit Universität sowie künftigen Arbeitgebern kooperiert. Ein Schulwesen, wo Schulfinanzierung nicht Geld für die Betonwüsten grässlicher Nachkriegsbauten bedeutet, sondern wo das Geld über Bildungsgutscheine direkt den Kindern zugutekommt und die Schulen zur Innovation bringt, weil sie sich um die Schüler bemühen muss. Ein Schulwesen ohne Beamtenstatus und Behördenlogik, sondern einer Mischung aus hochqualifizierten, freien Pädagogen, Wissenschaftlern, Sozialarbeitern und Praktikern, die sich nicht um Besoldungstabellen und Beförderungsstufen nach starrer Systemkonformität scheren müssen.

Ein freies, soziales und leistungsfähiges Schulwesen, in dem Kinder Freude am Lernen haben und zu selbstbestimmten Erwachsenen werden können. Wir brauchen einen echten Markt der Bildung. Für diese Vision müssen wir Liberale einstehen und dafür braucht es Mut.



TEXT: ALEXANDER KOBUSS (26), ist studierter Lehrer. Er hat seinen Master of Education in den Fächern Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln absolviert und promoviert gegenwärtig im Bereich Wirtschaftstheorie und Ideengeschichte der sozialen Marktwirtschaft. Als parlamentarischer Referent begleitet er seit 2021 sowohl in Landtagen als auch im Bundestag Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Privatschulen, Nein danke?



Deutschland haben Menschen das Recht, selbst Schulen zu gründen und zu betreiben. Warum das meiner Meinung nach unser Bildungssystem bereichern kann und vielleicht sogar unser Land voranbringt, erfahrt ihr jetzt.

Zuerst möchte ich erklären, was Privatschulen eigentlich sind. Privatschulen sind Bildungseinrichtungen, die nicht in öffentlicher Hand sind, sondern in privater Trägerschaft liegen. Diese müssen sich trotzdem an den Lehrplan halten, dürfen aber nach

eigenem Ermessen Lernstoff zum Unterricht hinzufügen. Das kann man bei Schulen mit speziellen Konzepten wie Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen sehen. Dort gibt es zusätzlichen Unterricht in Form von "Gartenbau" oder "Eurythmie". Außerdem ist es Privatschulen freigestellt, wann sie Stoff aus der Grundschule behandeln, solange es in den ersten vier Jahren geschieht.

Es gibt zwei Arten von Privatschulen: staatlich anerkannte und staatlich genehmigte Schulen. Staatlich anerkannte Pri-

vatschulen erhalten eine Genehmigung und Kontrolle durch den Staat und dürfen Abschlüsse vergeben, die den staatlichen Abschlüssen gleichgestellt sind. Staatlich genehmigte Privatschulen müssen ebenfalls den staatlichen Lehrplänen folgen, haben jedoch mehr Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts und erhalten keine staatliche Unterstützung.

Ein Beispiel dafür, wie Privatschulen spezielle Lerninhalte vermitteln, ist die Waldorfschule. Dort wird nicht nur Wert auf akade-

mische Bildung gelegt, sondern auch auf künstlerische und handwerkliche Fähigkeiten. Schüler lernen dort beispielsweise Gartenbau, was ihre Verbindung zur Natur stärken und ihnen praktische Fähigkeiten vermitteln soll. Ein weiteres Beispiel sind internationale Schulen in Deutschland, die oft einen bilingualen Unterricht anbieten und damit Schüler auf eine globalisierte Welt vorbereiten. Diese Vielfalt kann einerseits als Vorteil gesehen werden, stellt aber auch eine Herausforderung für das einheitliche Bildungssystem dar.

Jetzt, wo ich euch näher erzählt habe, was Privatschulen eigentlich sind, möchte ich auf ein paar große Probleme hinweisen. Das eine ist, dass private Schulen meist schon ganz am Anfang zwischen Arm und Reich differenzieren. Das ist meiner Meinung nach falsch. Wir brauchen in Deutschland für jeden ähnliche bis gleiche Bildungschancen, und das kann nur funktionieren, wenn wir nicht von Anfang an zwischen Arm und Reich differenzieren. Ein gutes Beispiel dafür sind internationale Schulen, die oft hohe Schulgebühren verlangen. Diese Gebühren können sich viele Familien nicht leisten, was zu einer Selektion aufgrund des finanziellen Hintergrunds führt. So werden Kinder aus wohlhabenden Familien bevorzugt, während Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen oft auf staatliche Schulen angewiesen sind.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die für viele Familien unerschwinglichen Kosten an Privatschulen. Dies führt zur bereits oben erwähnten Differenzierung zwischen Arm und Reich.

Jedoch beschäftigen private Schulen auch oft schlecht oder sehr schlecht qualifiziertes Personal, weil sie weniger reglementiert werden. Ein Beispiel ist die Kritik an einigen privaten Nachhilfeschoolen in Deutschland, die oft unqualifiziertes Personal einstellen, um Kosten zu sparen. Auch aufgrund von verschiedenen Lehrmethoden ist es schwer für Schülerinnen und Schüler, von einer privaten Schule auf eine staatliche Schule oder von einer staatlichen Schule auf eine priva-

te Schule zu wechseln. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das deutsche Schulsystem, wo private Internate oft ganz andere Lehrpläne und Prüfungen haben als staatliche Schulen, was einen Wechsel erschwert.

Ein weiterer Punkt ist, dass private Schulen elitäre Netzwerke fördern können und so die Chancengerechtigkeit ausbleibt. Mit elitären Netzwerken meine ich, dass man unter Umständen bevorzugt wird bei Universitäten oder beim späteren Arbeitgeber. In einigen wenigen privaten Schulen wird außerordentlicher Druck auf Schülerinnen und Schüler ausgeübt, dass sie gute Leistungen erbringen. Ein Beispiel hierfür sind einige der internationalen Schulen in Deutschland, die für ihren hohen Leistungsdruck bekannt sind, was zu erheblichem Stress und psychischen Problemen bei den Schülern führen kann.

Aber es gibt auch viele positive Aspekte, die man über private Schulen erzählen kann. Zum Beispiel die große Vielfalt von privaten Schulen im Lehrbereich. Ein Beispiel ist die Freie Alternativschule in Berlin, die völlig andere pädagogische Konzepte verfolgt und Schülern mehr Freiheit und Selbstbestimmung im Lernprozess gibt. Auch die verbesserte individuelle Förderung ist nicht von der Hand zu weisen. Besonders durch kleinere Klassen können Lehrkräfte viel besser auf Schülerinnen und Schüler eingehen und sie dadurch individuell fördern. Ein Beispiel dafür sind die vielen kleinen privaten Grundschulen, die oft nur eine Handvoll Schüler pro Klasse haben und somit eine viel persönlichere Betreuung ermöglichen. Auch die Klassengemeinschaft wird meistens durch kleinere Klassen gefördert. Das Lehrpersonal ist an privaten Schulen meist engagierter als an staatlichen Schulen. Auch die Bürokratie ist bei privaten Schulen geringer, sodass sie neue Lehrmethoden schneller umsetzen können. Ein Beispiel ist die Einführung digitaler Lehrmittel, die an vielen privaten Schulen

schneller umgesetzt wurde als an staatlichen Schulen. Und ein ganz großer Aspekt ist die bessere Ausstattung von privaten Schulen. Besonders im Medienbereich sind private Schulen oft viel besser ausgestattet als staatliche Schulen. Ein Beispiel dafür ist die Ausstattung mit Tablets und Laptops, die in vielen privaten Schulen Standard ist, während staatliche Schulen oft noch mit veralteter Technik arbeiten. Wir haben jetzt verschiedene Aspekte von privaten Schulen gesehen, positive aber auch negative. Meiner Meinung



nach gibt es deutliche Punkte, wo sie sich verbessern könnten. Zuerst finde ich, dass private Schulen strenger reglementiert werden sollten. Das könnte zum Beispiel so aussehen: Regelmäßig werden Leistungstests an Schulen durchgeführt, sodass man sicherstellen kann, dass der Leistungsstand ungefähr auf dem gleichen Stand ist wie in staatlichen Schulen im gleichen Bundesland. Ein Beispiel könnte das niederländische System sein, wo alle Schulen, unabhängig von ihrer Trägerschaft, regelmäßig staatliche Prüfungen durchlaufen müssen.

Um elitäre Netzwerke abzubauen, könnte man die Zusammenarbeit mit staatlichen Schulen stärken. Ein Beispiel hierfür könnte ein Austauschprogramm sein, bei dem Schüler und Lehrer von privaten und staatlichen Schulen regelmäßig die Schulen wechseln, um voneinander zu lernen und Vorurteile abzubauen.

Es gibt viele verschiedene Aspekte, die in die Diskussion über private Schulen einfließen. Es ist wichtig, die Vorteile und Nachteile abzuwägen und Lösungen zu finden, die Chancengleichheit und Qualität im Bildungssystem fördern. Privatschulen können eine Bereicherung für das Bildungssystem sein, wenn sie gut reguliert und fair in das Gesamtsystem integriert werden.



TEXT:
TOM MAGNUS PETERS (14)
ist seit 2023 Mitglied der JuLis NRW und jüngstes Mitglied in Köln. Er ist der größte Fan von "Die Ärzte" in seiner Straße.



E

in Blick auf das QS World University Ranking 2024 zeigt deutlich die Attraktivität und Exzellenz des Universitätsstandorts Deutschland: Die TU München auf Platz 37, die Ludwigs-Maximilians-Universität München auf Platz 54, die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg auf Platz 87 und die Freie Universität Berlin auf Platz 98 sind die deutschen Universitäten unter den Top 100 im Ranking. Deutschland schneidet Spitzenmäßig ab. Doch auch Spitzenmäßig darin, über Deutschland hinaus Studierende anzuziehen?

Deutschland - attraktiv für internationale Studierende?

Der Blick auf die aktuelle Situation zeigt zunächst, dass Deutschland für internationale Studierende durchaus attraktiv ist. Im Wintersemester 2022 / 2023 studierten ca. 367.000 internationale Studierende an deutschen Hochschulen. Der Trend ist dabei deutlich steigend, denn im Vergleich zum Wintersemester 2011 / 2012 hat sich dies Zahl beinahe verdoppelt. Aktuell kommen etwa 36 % der internationalen Studierenden aus Europa, gefolgt von Indien (11,6 %), China (10,6%) und Syrien (4,2%). Insgesamt machen internationale Studierende damit einen Anteil von 11,9 % aus, so der Bericht „Wissenschaft weltweit“ des deutschen akademischen Austauschdienstes (kurz DAAD).

Und auch die Beliebtheit von Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern steigt, so hat Deutschland etwa Australien im Beliebtheitsranking überholt und rangiert nun auf Platz 3 weltweit.

Die Zahlen vermitteln ein Bild sehr deutlich: Deutschland ist ein attraktives Land für internationale Studierende. Die breite Universitätslandschaft mit einem vielfältigen und exzellenten Studienangebot, der gute deutscher Abschlüsse in der Welt sowie geringe Studienkosten, insbesondere im Vergleich zum angelsächsischen Raum, sind Faktoren, die auf Seiten der Universitäten nach Deutschland locken. Darüber hinaus ist auch das in Deutschland gebotene Umfeld attraktiv. So bieten viele internationale Großkonzerne wertvolle Kontakte in die Wirtschaft und die Perspektive eines beruf-

Die deutsche Universitätslandschaft - attraktiv für ausländische Studierende?



Und die Frage, wie wir davon profitieren können

lichen Einstiegs. Und diese Perspektive wird genutzt. Etwa 60 % der internationalen Studierenden bleiben nach ihrem Studienabschluss weiterhin in Deutschland ansässig, während in anderen Ländern die Mehrheit das Land verlässt.

In Deutschland sind wir dabei besonders auf die so gewonnenen Fachkräfte angewiesen. Etwa 123.000 Personen in akademischen MINT-Berufen, also vor allem in Ingenieurs- und Informatikberufen, fehlen im Moment in der Wirtschaft. Zudem wird in den kommenden Jahren der Bedarf der Wirtschaft an MINT-Qualifikationen durch die Faktoren der Digitalisierung, des Klimaschutzes und des demografischen Wandels zunehmen. Dem gegenüber stehen rückläufige Zahlen an Einschreibungen in diesen Fächern an Universitäten.

Eine Chance dem zu begegnen ist das zunehmende Anwerben internationaler Studierender mit einem anschließenden Jobeinstieg in Deutschland. Doch welche Schritte sind notwendig, um diese Effekte zu nutzen und das Angebot vor Ort noch attraktiver zu machen?

Problem 1: Bestehende Sprachbarrieren

Englisch ist die Weltsprache und nicht Deutsch. Viele Studieninteressierte können nicht die notwendigen Deutschkenntnisse für ein Studium auf Deutsch vorweisen. Diese erhebliche Sprachbarriere senkt die Attraktivität des Standorts. Der einfachste Weg, dem entgegenzusteuern ist durch ein breites englischsprachiges Studienangebot. Ein solches Angebot ist nicht nur hinsichtlich internationaler Studierender wertvoll. Vielmehr stellt es auch für deutschsprachige Studierende eine Vorbereitung auf das spätere Berufsleben und die in vielen Branchen dominierende englische Sprache dar, ein positiver Nebeneffekt.

Was zeigt aber der Blick auf die angebotenen Programme? Schaut man auf der Seite des DAAD so ist das Angebot der englischsprachigen Bachelorstudiengänge an staatlichen Hochschulen überschaubar und liegt in der Zahl bei etwa 100 Programmen. Was auffällt: rund ein Drittel der englischsprachigen Programme wird an Universitäten angeboten und die verbleibenden zwei Drittel an Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Der Blick auf die Masterprogramme ist dann schon ein anderer, so listet der DAAD hier etwa 830 Programme an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Insgesamt ist das Studienangebot

mit etwa 9.400 Bachelor- und 9.900 Master-Studiengängen jedoch um ein wesentliches größer.

Um die Sprachbarriere abzubauen, lässt sich somit ein wesentlicher Ansatzpunkt darin finden, ein breiteres englischsprachiges Studienangebot, insbesondere in grundständigen Bachelorstudiengängen zu etablieren.

Problem 2: der schwierige Weg zur HZB

Verfügt man nicht über einen Abschluss aus der EU, dem europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz müssen Studieninteressierte entweder zwei bis drei Semester einen vergleichbaren Studiengang in Ihrer Heimat besucht haben oder ein Studienkolleg in Deutschland absolvieren, um eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) zu erwerben. Diese Regelung bezieht sich dabei jedenfalls auf das Bachelor-Studium, für ein Master-Studium ist die Mobilität aufgrund der internationalen Vergleichbarkeit der Bachelor-Abschlüsse einfacher.

Was sich an der HZB über ein Studienkolleg oder über zwei bis drei Semester im Vergleich zu einem Abitur zeigt: sie ist fachgebunden. In den Studienkollegs werden im Wesentlichen medizinische, mathematisch-technische, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, geisteswissenschaftliche sowie sprach- und rechtswissenschaftliche Profilkurse angeboten. Und auch vorher absolvierte Semester müssen in einem vergleichbaren Fach stattgefunden haben. An den Studienkollegs zeichnet sich dabei ein Bild einer hohen Nachfrage durch internationale Studierende. So spricht etwa Gerd Fennefrohn, Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Studienkollegs an deutschen Hochschulen, im Bericht „Wissenschaft weltweit 2023“ des DAAD darüber, dass der Wunsch von Seiten der Studienkollegs besteht, mehr Kapazitäten, insbesondere im MINT-Bereich anbieten zu können.

Wer also aus dem nicht-europäischen Ausland ein Studium in Deutschland beginnen möchte, für den bedeutet dieser Schritt einen großen zeitlichen Mehraufwand von mindestens einem Jahr für den Erwerb der HZB, entweder in Deutschland oder im eigenen Heimatland. Ein zusätzliches Jahr, welches bei einem direkten Studienstart nicht notwendig gewesen wäre. Die Kosten auf der zeitlichen Ebene sind somit hoch, um in Deutschland einen Bachelor-Abschluss zu erwerben.

Dabei gilt es an dieser Stelle, das Verfahren auch nicht grundsätzlich in Frage zu stellen.

Es sichert die Studierfähigkeit der Studienanfänger. Jedoch stellt sich die Frage, warum EU-Abschlüsse diese Studierfähigkeit pauschal feststellen, bei nicht EU-Abschlüssen sie jedoch in Frage gestellt wird. Und dass, obwohl dort häufig weitreichendere Bildungspläne als in Deutschland bestehen und die Länder mitunter bessere Positionierungen in Bildungsrankings erreichen als Deutschland und viele weitere EU-Staaten. Um einen schnelleren Start in das Studium und eine höhere Flexibilität hinsichtlich möglicher Fachwechsel zu bieten, gilt es zu prüfen, inwiefern eine Beschränkung der HZB auf europäische Abschlüsse zweckmäßig ist. Eine Alternative wäre etwa die Einführung fachspezifischer Studierfähigkeitstests, die den Weg in den Hörsaal beschleunigen könnten.

Was nun?

Die hohen Zahlen an ausländischen Studierenden zeigt, dass Deutschland bereits vieles richtig macht, wenn es um die Gewinnung von internationalen Studierenden und damit potenziellen Fachkräften geht. Auch der attraktive Industriestandort mit einem breiten Angebot an Jobs und großen Firmen zieht Fachkräfte an. Die grundlegenden Voraussetzungen für einen attraktiven universitären Bildungsstandort sind damit geschaffen und werden angenommen. Jetzt gilt es, attraktivere Rahmenbedingungen insbesondere für internationale Bachelor-Studierende zu schaffen. Das gelingt über ein breiteres englischsprachiges Studienangebot und vereinfachte Zugänge zu unserem Universitätswesen. Am Ende ist es eine vielfache Investition in Deutschland: in den Bildungsstandort, unsere Rolle in der Welt und das Morgen unserer Wirtschaft.



TEXT: FLORIAN STUPP (19), studiert im englischsprachigen Studiengang Information Engineering am TUM Campus Heilbronn. Er interessiert sich besonders für die Themen Demokratieförderung, Bildungspolitik und die Stärkung der demokratischen Debatte. Ihr erreicht ihn unter floristupp@gmail.com oder via LinkedIn.

Was Bildung **leisten können muss**



gal, ob wir uns die Ergebnisse der letzten PISA-Studie in Deutschland aus dem Jahr 2022 ansehen, den deutschen Lehrermangel oder die teilweise bedenklichen baulichen Defizite an deutschen Schulen, eines steht fest: Nie gab es mehr zu tun in der deutschen Bildungspolitik. Woran liegt es, dass deutsche Kinder im internationalen Vergleich in den Schulleistungen immer weiter abrutschen?

Einerseits hat die Corona-Pandemie und die Einschränkungen, die mit ihr einhergingen, das Bildungssystem massiv unter Druck gesetzt und Lücken aufgerissen, die nur schwer wieder zu schließen sind. Gleichzeitig werden im Hintergrund von Forderungen für die 35-Stunden-Woche auch Stimmen laut, die der Jugend, der „Gen-Z“, vorwerfen, Wohlstandsverwöhnt und faul geworden zu sein. Vielleicht sogar... dümmter? Kann das sein? Sind die jüngeren Generationen tatsächlich weniger leistungsfähig geworden?

Testpsychologisch spricht jedenfalls nichts dafür. Schon James Flynn entdeckte 1987 in seiner Intelligenzforschung nach dem Ende des 2. Weltkrieges einen Anstieg der durchschnittlichen IQ-Werte der westlichen Gesellschaft. Laut seinen Messungen steigt der durchschnittliche IQ innerhalb von 30 Jahren, also etwa eine Generation, um ca. 20 Punkte. Diese Verschiebung wird auch der Flynn-Effekt genannt. Auch sonst hält die Floskel „Früher war alles besser“ der Überprüfung durch die Realität nicht stand. Der Vorwurf, die junge Generation würde immer fauler werden, ist wohl weniger auf die Motivation der Schülerinnen und Schüler, als auf eine idealisierte Vor-

stellung der Erwachsenen zurückzuführen. Schon der Philosoph Hesiod schimpfte in seinem Werk „Werke und Tage“ über den Verfall der moralischen Tugenden bei der jüngeren Generation. Die Kritik an der unverbesserlichen Jugend ist also schon so alt wie die Geschichte selbst. Oder anders gefragt wann gab es denn je eine Zeit, in der junge Menschen sich politisch so engagiert und ihre Meinung so lautstark öffentlich vertreten haben wie heute?

Ist die Digitalisierung die Lösung des Rätsels? Die Digitalisierung ist sicherlich ein Teil der Lösung. Doch allein die Digitalisierung kann nicht alle Probleme der Bildungspolitik lösen. Sicherlich gehört zu einer zeitgemäßen Bildung der Umgang mit digitalen Endgeräten. Jedoch können wir auch von Bildungsreformen anderer Länder, wie Schweden, lernen, dass der Weg ganz weg von haptischen Lernmedien auch Probleme mit sich bringen kann. So sind die schwedischen Kinder vor allem in den Rubriken Textverständnis und Lesekompetenz schlechter geworden, obwohl selbst Grundschüler in Schweden schon seit einer nationalen Richtlinie zur Digitalisierung der Bildung beinahe ausschließlich mit Laptops und Tablets unterrichtet werden. Die schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm macht für diesen Rückgang die rein digitale Bildung verantwortlich. Auch das Karolinska Institut (KI) in Solna und Huddinge in Schweden, eine der größten und angesehensten medizinischen Universitäten Europas, schreibt in seiner Stellungnahme zur Digitalisierungsrichtlinie, es gäbe keine Hinweise, dass die Digitalisierung der Schulen die erwarteten Auswirkungen habe. Das muss uns im Hinblick auf zukunftsfähige Strategien im Umgang mit Bildung zu denken geben. Es kann bei Bildung eben nicht nur um Lehrmaterialien, sondern in erster Linie um Lernkonzepte gehen. Die Digitalisierung muss die Qualität des Unterrichts durch Technologie verbessern, kann aber keine Lehrkonzepte motivierter Lehrerinnen und Lehrer ersetzen. Angebracht wäre es neben der Kritik an fehlender Digitalisierung eben auch zu hinterfragen, ob die Anforderungen, die das Bildungssystem an junge Menschen

stellt, überhaupt noch zeitgemäß sind. Das Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche heute aufwachsen, ist komplexer denn je. Wir haben heute jederzeit Zugang zu einer Menge von Informationen, die bis vor einigen Jahrzehnten noch unvorstellbar schien. Fakt ist, das Schulsystem war nicht in der Lage, mit der Geschwindigkeit mitzuhalten, die der technologische Fortschritt vorgegeben hat. Doch welche Fähigkeiten soll ein modernes Schulsystem vermitteln, um die nächste Generation auf die Zeit nach der Schule vorzubereiten?

Das Lernen, mit Informationen umzugehen, ist in der Tat eine wichtige Fähigkeit. Seriöse von unseriösen Informationen trennen zu können, ist spätestens seit der Corona-Pandemie eine Kernkompetenz im Umgang mit Medien, Quellen und „Fakten“ geworden. Daher muss die Validierung von Informationen auch eine Schlüsselrolle in der Bildung spielen. Mindestens genauso wichtig wie eine Information zu kennen, ist es mittlerweile zu wissen, wo sie herkommt. Mit den Möglichkeiten von KI und den Massenmedien ist es sehr einfach geworden, Informationen, ob gut oder schlecht recherchiert, in Umlauf zu bringen. Umso wichtiger ist es, Kindern möglichst früh beizubringen, wie sie seriöse von unseriösen Quellen unterscheiden und so Informationskompetenz für sich schaffen, um weniger anfällig für Populismus und Verschwörungserzählungen zu sein.

Da KI mittlerweile beinahe an jedem Arbeitsplatz zu finden ist, wäre es fahrlässig, diese Ressource nicht auch im Unterricht zu nutzen. Dabei sollte man nicht nur die negativen Seiten sehen, wie die Möglichkeit, schriftliche Hausarbeiten oder Präsentationen innerhalb von Minuten mit Hilfe von KI-Helfern zu erstellen. Vor allem dürfen wir uns darauf freuen, dass uns die KI geistige Routinearbeiten abnehmen wird, die mühsam und zeitraubend sind, sodass der Mensch sich auf kreative, schöpferische Tätigkeiten konzentrieren kann. Kernkompetenzen im Bereich des Wissens haben sich mit den Möglichkeiten von KI verschoben. Genauso wichtig wie das prozedurale Wissen (wie etwas geht) ist das Lokalisationswissen geworden, das Wissen darüber, wo eine Information zu finden ist. Eine Kompetenz, die aus dem Umgang mit künstlicher Intelligenz entstehen muss, ist das Prompting: Die Fähigkeit der KI, die richtigen Fragen zu stellen, um an das gewünschte Ergebnis zu kommen und später diese Ergebnisse dann wieder auf ihre Qualität hin überprüfen zu können. Die Menge an Informationen, die uns zur Verfügung stehen,

wird immer größer, ergo wird die Fähigkeit, diese Datenmengen zu sortieren, zu durchsuchen und sich zu Nutzen zu machen, immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das muss sich auch in den Schulen widerspiegeln. Bei den Gegebenheiten der heutigen Technologielandschaft muss man sich in Bezug auf Bildung also die Frage stellen: Sind die Anforderungen, die wir an die Schüler stellen, noch zeitgemäß? Nein, sind sie nicht. Die Aufgabenstrukturen sind nicht mehr geeignet, die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern zu vergleichen. Hausaufgaben, die reines Faktenwissen abfragen, wie Aufsätze, das Vorbereiten von Referaten und Buchzusammenfassungen, sind seit dem Tag, an dem OpenAI ChatGPT herausgebracht hat, völlig sinnlos geworden. Die Kompetenzen, die den Schülerinnen und Schülern heute vermittelt werden sollten, dürfen nicht die Ressourcen ignorieren, die ihnen zur Verfügung stehen und die sie in der Arbeitswelt sowieso nutzen werden, sondern sie müssen sie befähigen, solche Ressourcen bestmöglich einzusetzen, um sich selbst unter Verwendung eines breiten Spektrums an Medien Kompetenzen anzueignen, die sie brauchen, um erfolgreich Projekte umsetzen zu können. Leider muss man feststellen, dass im Großen und Ganzen seit den preußischen Bildungsreformen keine großen innovativen Sprünge in der Bildung gemacht worden sind. Welche Inhalte gelehrt werden, mag sich geändert haben, doch der Mechanismus ist seit Anfang des 19. Jahrhunderts derselbe. Frontalunterricht, auswendig lernen und wiederholen, was schon von den Eltern und Großeltern unentwegt wiederholt wurde. Doch die Sprünge, die wir global in der Informationsverarbeitung machen, stellen dieses Modell auf die Probe und es sieht nicht aus, als könnten wir einfach weitermachen wie bisher. Jedenfalls nicht, wenn wir wollen, dass unsere Kinder auf dem immer globaleren, stark kompetitiven internationalen Arbeitsmarkt Erfolg haben. Mit dem Erstarken des Finanzkapitalismus sollte Jugendlichen auch beigebracht werden, wie man sein Geld anlegen und sein Humankapital erhöhen kann, um bessere Chancen auf gute Gehälter zu haben. Eine andere Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Was muss Bildung überhaupt leisten? Heute steht jungen Menschen ein riesiges Spektrum an Möglichkeiten zur Verfügung. Darum muss es der Auftrag der Schulen sein, die Schülerinnen und Schüler zu qualifizieren, selbst entscheiden zu können, welchen Weg sie darin einschlagen wollen. Das heißt heute mehr denn je, die Jugend zur Selbst-

bestimmung zu befähigen. Dazu gehört, sich Informationen darüber zu verschaffen, welchen Weg man im Leben einschlagen will, welche Kompetenzen es dafür braucht und wie man an diese Kompetenzen herankommt. Es braucht eine Bildung, die die Leistungsfähigsten genauso fördert wie die Leistungsschwächsten, um eine Balance zu schaffen, in der niemand abgehängt wird und gleichzeitig begabte Schüler gefördert werden. Um den Anforderungen der Zukunft zu genügen, muss Bildung flexibel und unbürokratisch werden. Das gilt zum einen für Finanzierungsmaßnahmen, bei denen Kommunen, Länder und der Bund bei Finanzierungsprojekten für die Modernisierung und Sanierung von Schulen an einem Strang ziehen müssen, statt sich gegenseitig im Weg zu stehen. Dazu braucht es geeignete Messinstrumente, die erfassen können, wie sich eine Maßnahme auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirkt. Denn ohne zuverlässige Daten tappen alle Ansätze zur Bildungsevolution im Dunkeln. Der Fokus auf die Lehrer ist entscheidend. Bei der Entbürokratisierung der Schulen müssen diejenigen, die Bildung jeden Tag gestalten, die Lehrerinnen und Lehrer, durch einen flexiblen Lehrplan dazu ermuntert werden, Lehre kreativ zu gestalten, auszuprobieren und Risiken einzugehen. Sicher ist es kein Zufall, dass viele Lehramtsstudentinnen und Studenten ihr Studium gerade nach dem Erstkontakt mit Schulen abbrechen. Rigide Strukturen, bürokratisch verkomplizierte Verfahren und lange, schlecht bezahlte Referendariate schrecken viele werdende Lehrer ab. Um genau da gegensteuern zu können, müssen wir es wieder zulassen, Kontrolle abzugeben, nicht alles top-down zu regeln, sondern Lehrerinnen und Lehrern die Freiheit zu geben, Unterricht an die individuellen Gegebenheiten, Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler anzupassen, um ein gemeinsames Lernziel zu erreichen. Zu einer talentorientierten Bildung gehört also ein liberaleres Lehrplankonzept, das Vertrauen in die Fähigkeiten der Lehrer setzt und sie ermuntert, Konzepte zu erarbeiten, zu testen und ihre Ergebnisse zu messen. Denn schlussendlich geht es bei Schule darum, jungen Menschen die Lust am Lernen beizubringen, statt ihre Neugier mit monotonen Routineaufgaben zu ersticken, die mit der Art und Weise, wie sie sich später im Beruf, in der Fachhochschule oder Universität Wissen aneignen werden, wenig bis nichts mehr zu tun hat. Die Möglichkeiten, die durch Künstliche

Intelligenz geboten werden, ermöglichen es Spezialisten, sich in bisher unerreichtem Maße zu spezialisieren. Gleichzeitig wird von Generalisten verlangt, dass sie Teams organisieren, koordinieren und zu Spitzenleistungen motivieren, auch wenn in einem Team aus Spezialisten niemand mehr alle Aspekte überblicken kann. Um diese Kluft zu überbrücken, sind Soft Skills, Führungskompetenz und die Fähigkeit, Menschen zu inspirieren und zu motivieren, entscheidend. Diese Fähigkeiten können bereits von Kindesbeinen an durch Projektarbeiten und Wettbewerbe innerhalb der Klassengemeinschaft erlernt und gefördert werden. Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass die Schüler von heute die Fachkräfte von morgen sind. Deutschland war nie reich an Bodenschätzen, was aber immer ein deutscher Exportschlagler war, sind deutsche Ingenieurinnen und Ingenieure. Was also muss moderne Bildung leisten können? Vor allem muss sie es schaffen, Begeisterung für das Lernen zu wecken. Sie muss Bedingungen schaffen, in denen junge Menschen wieder leisten können. Das geht nur, indem Schulen flexibel auf Innovation reagieren können. Dafür brauchen wir unbürokratische Prozesse, überkommene Finanzierungsprogramme für moderne Schulen und ein Arbeitsumfeld, das es Lehrerinnen und Lehrern erlaubt, ein Lernumfeld zu schaffen, das Kindern und Jugendlichen Spaß am Lernen vermittelt und dabei realitätsnah ist.

Vor allem darf moderne, zukunftsorientierte Bildung eines nicht sein: Bequem. Bequemlichkeit wirkt wie Sand im Getriebe moderner Prozesse, so auch in der Bildung.



TEXT: DENNIS BUDIMOVIC (26), hat sein Abitur an der Eliteschule des Sports in Frankfurt an der Oder gemacht. Derzeit studiert er klinische Psychologie und Psychotherapie im Master an der Universität der Bundeswehr in München. Neben seinem Dienst bei der Bundeswehr engagiert er sich auch in seiner Freizeit leidenschaftlich gerne für Demokratie und freie Marktwirtschaft. Ihr erreicht ihn unter dennisbudimovic@gmail.com

HINTER DEM ATTENTAT

C

arl Schmitt, ein bekannter Philosoph des frühen 20. Jahrhunderts, definierte in seinem „Begriff des Politischen“ den politischen Feind durch eine tiefgreifende existenzielle Feindschaft, die letztlich in physischer Tötung enden kann. Diese Auffassung, die u.a. bei den Nationalsozialisten Anklang fand, wurde in der westlichen Welt inzwischen durch gemäßigte Politikverständnisse ersetzt, die auf Deliberation und Debatte setzen. Was passiert, wenn diese pazifistische Sichtweise bröckelt, konnte man am 16. Mai in der Slowakei beobachten: Robert Fico, seit Oktober 2023 wieder Ministerpräsident, wurde nach einer Kabinettsitzung durch fünf Schüsse lebensbedrohlich verletzt und befindet sich in intensivmedizinischer Behandlung. Um die politische Zuspitzung in der Slo-

wakei zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit. Fico und seine damals noch sozialdemokratische Partei SMER (dt. „Richtung“) lösten 2006 die unbeliebte Koalition Mikuláš Dzurindas ab. In dem Land herrschte eine Aufbruchsstimmung: Rentner erhielten eine „Weihnachtsrente“ und die Mehrwertsteuer auf Bücher wurde gesenkt. 2007 belegte die Slowakei im weltweiten Index der Pressefreiheit den dritten Platz (Deutschland schaffte es nur auf Platz 20!). Doch schon damals trübten pro-russische Positionen den Horizont: Fico warf 2008 dem eben angegriffenen Georgien eine Aggression gegen Südossetien vor. Nach zweijähriger Pause wurde 2012 wieder Ministerpräsident; zwischenzeitlich hatte SMER zwar bei den Parlamentswahlen 2010 die meisten Stimmen geholt, konnte aber keine Koalition bilden. 2015 kündigte er nach einem Treffen mit US-Vertretern an, den Kampf gegen Korruption zu verschärfen, doch passierte in dieser Hinsicht wenig. Während seiner dritten Amtszeit von 2016 bis 2018 kam es zu einem Eklat: Der Journalist Jan Kuciak, der zu mafösen Strukturen und deren Verbindungen zur Regierung recherchierte, wurde 2018 mit seiner Freundin ermordet. Massenproteste folgten, Minister traten zurück, und Fico trat im März 2018 zurück, bevor ein Misstrauensantrag gegen ihn eingebracht werden konnte.



In der Opposition radikalisierte sich Fico weiter: Er verbündete sich mit Rechtsextremen, wurde Impfgegner und bezeichnete die Parlamentsmehrheit, die für eine Stationierung von US-Truppen auf slowakischem Gebiet stimmte, als „Vaterlandsverräter“. 2023, frisch wiedergewählt, stellte er die Lieferung slowakischer Waffen an die Ukraine ein und machte den Westen für den russischen Angriff verantwortlich. Die Gründe für die Unzufriedenheit in der Slowakei sind klar: Ein Ministerpräsident mit reaktionären Positionen und schweren Vorwürfen ist wieder an der Macht. Aber was bedeutet es für eine Demokratie, wenn auf ihre Repräsentanten geschossen wird? Ist Gewalt wieder ein legitimes Mittel? Wurden auf der Seite der Opposition nach dem Attentat die regelmäßig stattfindenden Demonstrationen bis auf weiteres vollkommen eingestellt und wurde zu einem Zusammenrücken aufgerufen, dominierten aus der Regierung eher Schuldzuweisungen: Ľuboš Blaha, der außenpolitische Berater Ficos, erklärte bei ZVTV, dass die „liberalen Medien“ durch ihre Kritik an Fico ihre Zuschauer verrückt machten und dass diejenigen, die ihnen Glauben schenken würden, ihn töten wollten. Es bleibt die leise Hoffnung, dass mit dem Attentat auf den Ministerpräsidenten, welches er aller Wahrscheinlichkeit nach über-

leben wird, eine Zäsur in der slowakischen Diskussionskultur stattfindet und Fico künftig in seiner aufstachelnden Wortwahl etwas auf die Bremse tritt, um nicht noch weiter Öl ins Feuer zu gießen. Am Ende ist die Entwicklung in der Slowakei nicht einzigartig; Gewalt gegen Politiker wie jüngst gegen Matthias Ecke gibt es auch hierzulande zuhauf. Lasst uns deswegen, statt für kurzfristige Sympathiepunkte auf Zuspitzungen und Populismus zu setzen, lieber unseren liberalen und demokratischen Rationalismus in der Wortwahl beibehalten.



TEXT: PHILIPP OELSCHLEGEL (23), studiert Politikwissenschaft, ist Europakandidat und ist der Programmierer der JuLis Nürnberg. Ihn interessieren insbesondere Migrationspolitik und eine gemeinsame europäische Strafverfolgung. Ihn erreicht ihr unter philipp.oelschlegel@gmail.com

ABBI?

ABER BITTE ZENTRAL!

Über die Lernschwächen des föderalistischen Bildungssystems



TEXT: MIKA SCHLEGEL (19), ist in Thüringen zur Schule gegangen und studiert heute im zweiten Semester Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig. Im Sommer moderiert Mika als Stipendiat* der FNF auf dem Diskussionsformat „Pro:Lib“ in Potsdam die Themen Bildungsföderalismus und Wissenschaftsfreiheit. Ihr erreicht Mika unter: schlegel.mika2005@gmail.com



Was ist mein Abschluss eigentlich wert?

Diese Frage klingt beim ersten Lesen lächerlich. Mein Abitur ist in Deutschland der höchste schulische Abschluss und befähigt mich je nach Durchschnitt zu einem Studium an einer Universität oder anderen höheren Ausbildungen. Denkt man jedoch eingängiger über die Frage nach, wird klar, dass die Antwort nicht mehr so einfach ist, sobald man sie spezifiziert. Also, wie in meinem Fall: Was ist mein thüringer Abschluss wert? Plötzlich hat man hier ganz andere Assoziationen. Ist mein Abitur mehr wert als ein Abitur in Bremen? Weniger wert als ein bayerisches? Was bedeutet dann eigentlich mein Schnitt? Die Antwort ist: Ich weiß es nicht.

Andere Länder – andere Sitten

16 Bundesländer bedeuten in Deutschland auch 16 Bildungssysteme, 16 Lehrpläne, 16 Bildungsministerien. Also: 16 Mal kostenintensive Bürokratie. Und diese ist nicht das einzige, was Deutschland am Bildungsföderalismus teuer zu stehen kommt. Medien berichten von „PiSa-Schock“: Deutsche Schüler:innen schneiden beim Rechnen und Lesen im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern so schlecht ab wie noch nie. Die Generation, die in der Zukunft die Wirtschaft unseres Landes am Laufen halten und unsere spätere Politik bestimmen soll, scheitert also schon am kleinen Einmaleins. Wie viele Anregungen brauchen wir noch, bis wir unser überholtes bildungsföderalistisches System endlich umfassend und großschrittig reformieren? Statt uns an PiSa-Gewinnern wie Finnland oder Irland zu orientieren, schwören wir weiterhin auf Prüfungschaos und Lehrplanwirrwarr. Und vielleicht sollten wir sowieso, statt uns international zu vergleichen, erst einmal dafür sorgen, dass unsere Bildungsabschlüsse durch zentrale Abschlussprüfungen und ein einheitliches Bildungsniveau national vergleichbar sind.

Jeder nach seiner Façon

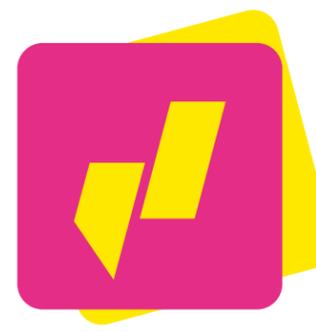
Bildung ist in Deutschland Ländersache. Doch leider scheinen die Länder über die

Jahre dieses Kurses vergessen zu haben, dass die Schulen sich doch noch alle in einem Land befinden. Wieso sonst gibt es in Thüringen und Sachsen eine Zwischenprüfung nach der 10. Klasse, die man aber in 14 anderen Bundesländern weder kennt noch anerkennt? Und weshalb haben all unsere Realschul- und Abiturprüfungen so unterschiedliche Niveaus? Fakt ist: Bildung ist in Deutschland nicht vergleichbar. Mein thüringer Abitur ist eben nicht genauso viel Wert, wie eines mit demselben Schnitt in Bayern. Das größte Problem hierbei? Voraussetzungen für Ausbildungen und NCs der Universitäten passen sich an diese Ungleichheiten bundesweit nicht an. Und so bleiben manchen Schüler:innen bestimmte Bildungswegen verwehrt – nur, weil sie im falschen Bundesland zur Schule gegangen sind.

Chancengleichheit, die

Denn unser Bildungssystem hat ganz im Allgemeinen anscheinend eine Rechtschreibschwäche: „Chancengleichheit“ schreibt man groß! Doch statt durch Intelligenz, Leistungsbereitschaft und Disziplin ist der Abschluss in Deutschland noch zu häufig durch die unterschiedlichen Ansprüche unserer Prüfungen bedingt. Wo ich wohne, bestimmt in Deutschland meine Bildungsqualität – und somit meinen weiteren Bildungsweg. Denn es macht einen Unterschied, ob ich mit derselben Leistung in einem anderen Bundesland einen besseren Schnitt erreiche, der andere Studiengänge oder Ausbildungen möglich macht. Und es macht einen Unterschied, ob ich nach 12 Jahren ein Gap Year oder sofort eine weiterführende Ausbildung starten oder nach 13 Jahren erst ein Jahr später in die Sozialversicherung einzahlen kann; um nur zwei aus einer schier unüberblickbaren Masse an föderalen Unstimmigkeiten zu nennen, die der Staat längst nicht mehr überblicken kann.

Die Ungleichheiten, die das föderalistische Bildungssystem schafft, wirken sich bis ins hohe Erwachsenenalter auf uns aus und werden auch auf staatlicher Ebene in Zukunft ihren Tribut fordern. Positive internationale Beispiele und nationale Lösungsvorschläge gibt es seit Jahren genug. Die Frage ist nur: Wann fangen wir endlich mit ihrer Umsetzung an?



Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Samuel Kessler (samuel.kessler@julius.de)

AutorInnen: Dennis Budimovic, Julia Hehl, Max Hofmeister, Alexander Kobuss, Luis Lambert, Philipp Oelschlegel, Tom Magnus Peters, Mika Schlegel, Lilly Schneider, Florian Stupp, Niklas Zaiser

Auflage: 11.000 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an samuel.kessler@julius.de.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: Adobe Stock
Illustrationen und Fotos:
Adobe Stock: S.4 (6), S.6-7 (8), S.8-9, S.10-11, S.12-13, S.14-15 (3), S.16-17, S.18-19, S.22-23, S.24-25, S.26-27; Unsplash.com S.11, S.20

Dieses Magazin wird gefördert vom



WIR SIND DIE **WEITBLICK- FÜR-DIE-PFLEGE- VERSICHERUNG.**

Die PKV baut für ihre Versicherten eine stabile finanzielle Vorsorge auf. So sichert sie eine menschenwürdige und generationengerechte Pflege.



Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle



Verband der Privaten
Krankenversicherung